

Berliner

VOLKS-TRIBÜNE.

Sozial-Politisches Wochenblatt.

Die „Berliner Volks-Tribüne“ erscheint jeden Sonnabend früh.
bonnementspreis für Berlin monatlich 50 Pf. pränumerando (frei in's Haus).
Einzelne Nummer 15 Pf.
Durch jede Post-Anstalt Deutschlands zu beziehen. (Preis viertelj. 1 Mk. 50 Pf.)

Redaktion und Expedition:
80. (26), Elisabeth-Ufer 55.
Ausgabe für Expediteure:
„Volksblatt“, Deuthstr. 3.

Inserate werden die 4spaltige Petitzeile oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet.
Vereins-Anzeigen: 15 Pf. — Arbeitsmarkt: 10 Pf.
Inseraten-Annahme in der Expedition: Elisabeth-Ufer 55
Die „Berl. Volks-Tribüne“ ist unter Nr. 893 der Zeitungs-Preisliste eingetragen.

Nr. 38.

Sonnabend, den 19. September 1891.

V. Jahrgang.

Parteigenossen! — **Sophie Günsburg.** — **Politische Notizen.** — **Der Verfall des Staatskredits.** — **Die Entscheidung über Krieg und Frieden im Programm-entwurf. I.** — **Literarisches.**
Gedicht. — **Novelle.** — **Der Kampf eines Konservativen gegen die Getreidezölle. II.** — **Lebenshaltung und Lohn der Arbeiter im Mittelalter.** — **Schwere Aufgabe.** — **Verschiedenes.**

sage, welche dem Parteitag unterbreitet wird, und in der in § 8, Absatz 2 der Partei-Organisation vorgeschriebenen Veröffentlichung Aufnahme finden.
Die Adresse des Vorkomitees in Erfurt, bei welchem die Anmeldung der Vertreter stattzufinden hat, wird später bekannt gemacht werden.

Mandatsformulare sind durch das Parteibüreau Berlin SW., Raybachstraße 9, wohnin auch alle übrigen Zuschriften, Anfragen u. zu richten sind, zu beziehen.
Mit sozialdemokratischem Gruß
Berlin, 5. September 1891. Der Parteivorstand.

Die Postabonnenten unseres Blattes
erinnern wir daran, vor Monatschluß ihr **Abonnement zu erneuern**, da dasselbe von der Post sonst als erloschen betrachtet wird.
Postzeitungskatalog Nr. 893.
Preis pro Quartal Mk. 1,50 (bei Selbstabholung), durch Briefträger ins Haus 1,65 Mk.
Die Kreuzbandabonnenten
bitten wir, wenn möglich, vom 1. Oktober an **direkt von der Postanstalt zu beziehen**, da die Expedition sich dadurch bedeutend vereinfacht.

Parteigenossen!

In unserer Bekanntmachung vom 3. Juli d. J., welche die Veröffentlichung des Programm-entwurfes enthielt, war als vorläufiger Termin für den diesjährigen Parteitag der 10. Oktober in Aussicht genommen. Mittlerweile ist nun der Tag für die sächsischen Landtagswahlen bekannt geworden und werden dieselben am 18. Oktober stattfinden.

Von Seiten der sächsischen Genossen ist deshalb angeregt worden, den Parteitag um einige Tage zu verschieben, damit unsere Genossen Gelegenheit haben bis zum letzten Augenblicke ihre agitatorischen Kräfte im Dienste der Wahlbewegung ausnützen zu können.

Bei der Bedeutung, welche die sächsischen Landtagswahlen für unsere Partei haben, glaubte die Parteileitung den Wunsch der Genossen berücksichtigen zu sollen und berufen wir deshalb den Parteitag auf:

Wittwoch, den 14. Oktober, nach Erfurt

in das Lokal zum „Kaiserpaal“, Futterstraße, ein.
Als provisorische Tagesordnung ist festgesetzt:
Wittwoch, den 14. Oktober, Abends 7 Uhr, Vorversammlung, Konstituierung des Parteitages, Festsetzung der Geschäfts- und der Tagesordnung, Wahl einer Kommission zur Prüfung der Vollmachten.
Donnerstag, 15. Oktober und die folgenden Tage:

1. Geschäftsbericht des Parteivorstandes.
Berichterstatter: J. Kuer.
2. Bericht der Kontrolleure durch G. Schulz.
3. a) Die parlamentarische Thätigkeit der Reichstagsfraktion.
Berichterstatter: H. Wollenbuhr.
b) Die Tattil der Partei.
Berichterstatter: A. Bebel.
4. Berathung des Programm-Entwurfes.
Berichterstatter: W. Liebknecht.
5. Berathung derjenigen Anträge der Parteigenossen, welche bei den vorausgehenden Punkten der Tagesordnung nicht bereits ihre Erledigung gefunden haben.
6. Wahl der Parteileitung und Bestimmung des Ortes, wo sie ihren Sitz zu nehmen hat.

Parteigenossen! Es bedarf keines besonderen Hinweises auf die Wichtigkeit des bevorstehenden Parteitages. Die Thatsache allein, daß auf ihm die Programmrevidon, welche die Partei schon seit Jahren beschäftigt, zum Abschluß und ein neu formulirtes Programm zur Annahme gelangen soll, zeugt für die hohe Wichtigkeit, welche der Parteitag in Erfurt für die Entwicklung der sozialdemokratischen Bewegung in Deutschland haben wird.

Der Parteitag ist die oberste Vertretung der Partei. Dort ist der Platz, wo alle Wünsche und Beschwerden von den Vertretern der Gesamtpartei eine den Partei-Interessen entsprechende sachgemäße Würdigung und Beurtheilung finden werden.

Gemäß den Bestimmungen unserer Partei-Organisation suchen wir die Parteigenossen, welche Anträge an den Parteitag stellen wollen, dieselben an die unten angegebene Adresse des Parteivorstandes einzuschicken. Da vor der Veröffentlichung erst eine Ordnung und Sichtung der Anträge nothwendig ist, so sind die Antragsteller gebeten, mit der Einreichung von Anträgen nicht bis zur letzten Stunde zu warten, sondern dieselben bis spätestens Mittwoch, den 30. September, an den Parteivorstand gelangen zu lassen.

Besonders machen wir noch darauf aufmerksam, daß auch solche Anträge zum Parteiprogramm, welche bereits in der Parteipresse zum Abdruck gelangt sind oder in den nächsten Wochen etwa veröffentlicht werden, in einer zur Verhandlung geeigneten Formulirung an uns eingeschickt werden müssen.

Nur diejenigen Anträge, welche rechtzeitig und direkt an den Parteivorstand eingeschickt werden, können in die gedruckte Vor-

† Sophie Günsburg.

Aus St. Petersburg kommt die Nachricht, daß Sophie Günsburg die in der nihilistischen Agitation der letzten Jahre eine Rolle gespielt hatte und schließlich in St. Petersburg festgenommen und verurtheilt worden war, durch Selbstmord ihrem Leben ein Ende gemacht habe. Es ist noch erinnerlich, wie im Gefolge der Ermordung Alexander's II. zugleich auch für die Revolutionspartei eine Katastrophe hereinbrach. Der Attentäter wurde am 13. März gleich an Ort und Stelle verhaftet und wenige Monate hernach wurden Sophie Perowskaja und Peter Scheljaboff als Leiter und Führer, der Chemiker Michael Ribalttschitsch als Verfertiger der Bombe und der Student Michael Ryssaloff als derjenige, der sie geworfen, hingerichtet; die einzige Jette Helfemann wurde, da sie bei Fällung des Todesurtheils sich in anderen Umständen befand, vom neuen, dem gegenwärtigen, Czaren zu lebenslänglicher Zwangsarbeit in den sibirischen Bergwerken begnadigt. Der größte Erfolg aber, den damals die russische Polizei durch die Verhaftung der Attentäter erlangte, bestand darin, daß sie zum ersten Male in die Zusammensetzung und den Dislokationsplan der nihilistischen Partei genauere Einsicht erhielt, und damit schien für die revolutionäre Bewegung thatsächlich das Ende gekommen zu sein. Zwar bligte noch da und dort der Dolch und wurden Revolvergeschosse abgefeuert: ein Mirski ging dem General Boris-Melkoff an den Leib, Oberstlieutenant Sudejkin wurde getödtet, in dieser und jener Stadt fand man gefürchtete Polizeichefs, verhaßte Beamte, verrätherische Denunzianten todt; aber es war doch nur wie der Nachhall des großen Schlachtendonners. Auf jede Regung der Nihilisten wurde mit zahllosen Verhaftungen geantwortet und in St. Petersburg und Kiew, in Rischenow und Odesa wurde in einer Art und Weise justifizirt und mit Verschickungen nach Sibirien vorgegangen, daß endlich Ruhe eintrat und die letzte Kraft des Nihilismus ein für allemal gebrochen schien. Da lebte aber plötzlich die Bewegung mit ungeahnter Heftigkeit wieder auf, so daß man sich in den letzten vier Jahren in jene Zeit zurückversetzt glauben konnte, wo Alexander II. gleich einem gehezten Wild, überall von erbitterten Feinden umstellt, ständlich auf den Tod gefaßt sein mußte. Eine ganze lange Reihe von Thatsachen bezeugten das Wiedererwachen des unerbittlichen Kampfes. Da war die berühmte Verschönerung des Friedensrichters Bardowski in Warschau; an dem Tage, da der Zar seinen feierlichen Einzug in Warschau halten wollte, sollte beim Vorbeipassiren am Bardowski'schen Hause eine Mine springen: Bardowski und einer seiner Genossen, ein Offizier, wurden gehängt, über zwanzig Theilnehmer an der Verschönerung zu schrecklichen Strafen verurtheilt. Kurz darauf hieß es, daß der Zar in Gatschina mit eigener Hand einen Bediensteten oder einen Offizier, der sich verdächtig gemacht, getödtet habe, und wieder nach einiger Zeit folgte das Eisenbahnunglück von Borki. Eisenbahnunglück wurde es genannt, aber Niemand zweifelte, daß es eine von den Nihilisten gelegte und zur Explosion gebrachte Mine war, die das Unglück bewirkte; und daß der Nihilismus diesen Versuch noch lange nicht als seinen letzten betrachtete, das beweisen die

späteren Affairen: die Ermordung des Generals Selmerstoff durch den Nihilisten Padlewski in Paris, die Bombenprobe von Zürich und vieles Andere. Während dieser ganzen Zeit nun wurde, wenn von den Führern der Bewegung die Rede war, in allererster Linie immer auch Sophie Günsburg genannt. Von den anderen wußte man, daß sie von sicherem Orte, von Paris oder der Schweiz aus, die Figuren dirigirten; Sophie Günsburg aber war der leibhaftige Ueberall und Nirgend's. Die Krapotkin's und Safful'tsch's und Mendelssohn's wurden von der russischen Geheimpolizei immer nur im Auslande verfolgt und gesucht; die Günsburg aber wußte man allezeit auf der Reise, sie war Meisterin in der Kunst der Verkleidung und spielte mit ihren 22 Jahren die Rolle des Studenten und der Bäuerin, des Popen und des Stabsoffiziers, des Kaufmanns und des Advokaten gleich gut. Hundertmal überschritt sie so die russische Grenze und trieb sich im Innern des ungeheueren Reiches selbst ungefährdet umher, überall organisirend, befeuernd und schärend — bis endlich die rastlose Emissärin, die wohl ihres Gleichen noch nicht gehabt hat, an einer kleinen Berggegend zu Grunde ging. Sie war — einige Monate nach Borki — in einem St. Petersburger Laden gewesen und hatte dort einen kleinen Einkauf besorgt. Auf dem Heimwege bemerkte sie mit Entsetzen, daß sie in dem Laden ihre Börse vergessen hatte — und der Schrecken war wahrlich sehr am Platze, denn die Börse enthielt ungeheuer viel Wichtiges, als Geld, Personenlisten und höchst gravirende Korrespondenzen waren darin. Sie eilte in den Laden zurück, — zu spät! Man hatte die Börse bereits geöffnet und durchsucht, und als Sophie Günsburg wieder in den Laden trat, standen schon Polizisten hinter ihr und sie wurde verhaftet. . . . Von dem Vorlaufe ihres Prozesses drang Manches in die Oeffentlichkeit. Das „Neue Wiener Tagebl.“ welches die Verantwortung für die Einzelheiten dieses Berichtes zu tragen hat, erzählt, daß sie unzählige Qualen zu erdulden hatte, daß sie aber alle Leiden ertrug, ohne sich eine Aussage gegen ihre Mitverschworenen abzwängen zu lassen. Sie wurde zum Tode verurtheilt und erregte es höchstens Aufsehen, als man, statt mit der Hinrichtung vorzugehen, sie begnadigte; Sophie Günsburg wurde auf die Festung Schlüsselburg gebracht, die auf einer Insel inmitten der Newa gelegen ist; hier ist der Aufenthalt ein so schrecklicher, daß die Festungsgarnison von drei zu drei Wochen gewechselt werden muß, weil die Soldaten infolge der unerträglichen Feuchtigkeit erkranken, und hier werden die meist gravirten politischen Verbrecher in unterirdischen Kerkern, in welche das Newawasser in ganzen Strömen hineindringt, gefangen gehalten. In den Schlüsselburger Gefängnissen sterben die Gefangenen gewöhnlich nach drei, vier Monaten, und zwar im Wahnsinn. Sophie Günsburg ist, wie nun gemeldet wird, eines anderen Todes gestorben. Sie hat sich, so lautet die Kunde, mit einer alten stumpfen Schere, welche sie sich zu verschaffen gewußt hatte, getödtet, obgleich beständig eine Wache vor ihrer Thüre hin und her ging und öfter hineinsah. Sie fürchtete durch die Martern wahnsinnig zu werden und sich dann Geständnisse entreißen zu lassen.

Politische Notizen.

— In Bezug auf das Trunksuchtsgesetz haben wir unsere Meinung schon verschiedentlich geäußert. Sie stimmt vielleicht nicht mit der Ansicht vieler Genossen über die Sache überein. Der Branntweingenuß ist bei den gegenwärtigen traurigen Verhältnissen der Volksernährung bis zu einem gewissen Grade eine Nothwendigkeit; wir würden es aber trotzdem mit Freuden begrüßen, wenn irgendwie seine Einschränkung oder gar Aufhebung möglich wäre, selbst wenn der gegenwärtige Staat den Kampf in die Hand nähme, was allerdings nicht wahrscheinlich ist. Eine Besserung der Lebenshaltung müßte entschieden die Folge sein. Der Trunksuchtsgesetzentwurf ist da vollständig werthlos, er hat weiter keinen Erfolg, wie die gewöhnlichsten Polizeihinrichtungen. Eine weit bessere Maßregel ist die Vertheuerung des Branntweins. Die Schweiz besitzt bekanntlich das Alkoholmonopol. Dasselbe, im Jahre 1887 zur Einführung gelangt, verfolgte einen dreifachen Zweck: erstlich die Erhöhung der Einnahmen, zweitens die Herabminderung des Branntweingenußes, drittens die Herstellung eines süßeren Stoffes. In Gemäßheit der über die Verwendung des Monopolvertrages getroffenen gesetzlichen Bestimmungen muß ein Zehntel der an die Kantone zur Auszahlung gelangenden Beträge zur Bekämpfung der Trunksucht Verwendung finden. Nun hat in der That seit dem Inkrafttreten des Alkoholmonopols der Branntweingenuß in der Schweiz merklich nachgelassen. Während 1882 auf den Kopf der schweizerischen Bevölkerung noch durchschnittlich 9,4 Liter Alkohol entfielen, im Jahre 1885 der Verbrauch sogar bis auf 10,16 Liter gestiegen war, weist das Jahr 1890 einen Rückgang auf 6,27 Liter nach, so daß nach dreijährigem Bestande des Monopols der Branntweingenuß um mindestens 3,99 Liter per Kopf gefallen ist. Das scheint uns ein ganz außerordentlicher Erfolg zu sein; wir halten die Abnahme des Branntweinkonsums für die Kräftigung der Arbeiterklasse für eben so wichtig, wie irgend ein Arbeiterschutzgesetz.

In anderen Ländern haben die Arbeiter die Bekämpfung des Alkoholgenusses mehr Aufmerksamkeit geschenkt, wie in Deutschland. Bei uns herrscht leider immer noch die Idee, daß das Saufen eigentlich etwas Lobenswerthes sei, und wenn man dagegen etwas sagt, so kommt man sofort in den Verdacht der Mudelei. Das sind so üble Nachwirkungen früherer barbarischer Zustände, die noch nicht ganz überwunden sind. Aber wenn die Arbeiterklasse zur Erreichung ihres Zieles auf die verschiedenartigste Weise an der Hebung ihrer Tüchtigkeit, Gesundheit, Sittlichkeit und Intelligenz arbeitet — so darf sie auch den Kampf gegen das Saufen nicht vergessen.

— Auf die offiziöse Preßwirthschaft wirft ein Artikel einiges Licht, welchen mehrere Kreisblattverleger an eine Zeitung gerichtet haben gelegentlich des Skandales mit dem Artikel, wo die Tonne mit 100 statt mit 10 Doppelzentnern angegeben war:

Die bekannte offiziöse Korrespondenz geht von Berlin an die Landräthe, diese streichen ihrem Geschmack entsprechende Artikel in derselben an und schicken sie den Kreisblatt-Redaktionen mit dem Auftrage um Aufnahme zu. Sollte man denn nun nicht erwarten können, daß, wenn ein Landrath etwas durchstudirt hat, dasselbe so alberne Berechnungen, wie die in dem angezogenen Artikel, nicht enthält? Was den Respekt anbelangt, so ist es ganz natürlich, daß wir die Artikel aufnehmen, denn andernfalls würde Einem der Verlag des Kreisblattes entzogen werden, und die Tausende von Mark, die man dem Vorgänger dafür bezahlt hat, wären verloren.

Die Regierung würde sich den Dank der sämtlichen Kreisblatt-Verleger erwerben, wenn sie die Zusendung der Eammann'schen Korrespondenz an die Landräthe einstellte; denn abgesehen davon, daß wir die amtlichen Bekanntmachungen ganz oder fast unsonst aufnehmen, müssen wir uns auch noch durch Aufnahme der Korrespondenzartikel der öffentlichen Beschimpfung aussetzen; auch Haß und Feindschaft unserer Mitbürger ernten wir durch dieselben genug.

Große Wirkung haben die Artikel ja doch nicht, da man weiß, daß dieselben „von Berlin“ kommen. Mit dem Geld aber, das durch das Begraben der Korrespondenz gespart würde, könnte man ja die Kreisblätter für die amtlichen Bekanntmachungen entschädigen.

Eine böse Welt! Sogar die Reptilien werden wild, und so kommen die tiefsten Geheimnisse der „Kunst zu regieren“ an's Licht.

— Zur Charakteristik der politischen Polizei in der freien Schweiz entnehmen wir der Züricher „Arbeiterstimme“ folgende bezeichnende Erzählung:

In Zürich existirte ein polnischer Arbeiterverein. Er setzte sich aus polnischen Arbeitern und Studenten zusammen und hatte, wenn auch alle seine Mitglieder Sozialisten waren, doch keine politische Aufgabe. Vielmehr war er zum Zwecke der Unterstützung armer Vandalen gegründet worden.

Nun fand sich im Laufe dieses Sommers in Zürich ein Pole ein, der seiner Zeit in Rußland zu einigen Jahren Zuchthaus verurtheilt worden war. Nennen wir ihn, nach den Anfangsbuchstaben seines Namens, Herrn Mal. Derselbe hat gegen einen Polizisten eine Bombe geworfen und sich dabei den Verlust eines Auges und eine schwere Strafe zugezogen.

In Zürich wurde er vom polnischen Arbeiterverein nicht gerade mit Misstrauen aufgenommen, aber man beobachtete ihm gegenüber doch eine gewisse Vorsicht. Das hinderte seine Vandalenfreundschaft nicht, ihn nach Kräften zu unterstützen, so daß er, trotz seiner Mittellosigkeit, keine Noth zu leiden hatte.

Anfang Juli wohnte Mal, als Gast einer Sitzung des polnischen Arbeitervereins bei. Er betheiligte sich an der Debatte und verlangte das Wort. Als der Vorsitzende — nennen wir ihn Kas. — ihm das dasselbe mit der Begründung nicht gab, daß die Sache, zu der er sprechen wolle, noch nicht zur Diskussion stehe, zog er seinen schwarzgeladenen Revolver hervor und feuerte darauf einen Schuß auf den Vizepräsidenten — Herrn Micha. — ab. Einem Unfall ist es zu verdanken, daß der Letztere nicht schwer verwundet ist. Die Kugel traf die Brust, prallte aber am eisernen Beschlag der Brüstung ab. — Der Thäter stellte sich noch am gleichen Abend bei der Polizei. Alles

wies darauf hin, daß man bei ihm keine volle Zurechnungsfähigkeit mehr voraussetzen kann.

Einige Tage später, nämlich am Nachmittage des 8. Juli, nun wurde Micha. und der obengenannte Kas., der Vorsitzende des Vereins, verhaftet. Ein Geheimpolizist holte Micha. aus der Werkstätte und führte ihn auf das Bureau des Herrn Polizeihauptmann Fischer, welcher zunächst eine Hausdurchsuchung bei Micha. anordnete. Der Letztere durfte ihr beiwohnen. Man fand bei ihm — nicht verborgen, sondern offen auf dem Tische liegend, — eine Anzahl Broschüren und einige Bücher aus der Kantonsbibliothek. Die Broschüren waren in polnischer Sprache verfaßt und enthielten sozialistische Aufsätze, wie auch wir sie zur Agitation verwenden. Sonst fand sich nichts vor — kein Dynamit, kein Dolch, kein Gift, freilich auch kein Gebetbuch.

Alles wurde mit Beschlag belegt und sammt Micha. wieder zu Polizeihauptmann Fischer gebracht. Zwischen den Beiden fand dann folgendes Gespräch statt:

Fischer: Was ist das für ein Verein, dem Sie angehören?
Micha.: Das ist ein gewöhnlicher Hilfsverein, politisch betheiligte er sich nicht.

Fischer: Nein, nein. Vor Allem ist es kein Arbeiterverein; es gehören ihm auch Studenten an. Das ist so was à la Bombenaffäre. Sie kennen den Mendelsohn? Ja? Sie kennen ihn? Dann sind Sie auch ein Terrorist! — Wie viel Mitglieder hat der Verein?

Micha.: Acht oder neun.
Fischer: Nein, es sind deren 29. Da schreiben Sie die Namen der Mitglieder auf. — Dabei wirft er Micha. ein Stück Papier ins Gesicht.

Micha.: Das thue ich nicht. Ich bin kein Polizist.
Fischer (in Wuth gerathend): So? Sie thun es nicht? Dann sind Sie verhaftet! Ich mache Ihnen einen politischen Prozeß und übermittle die Akten dem Bundesanwalt; dann werden Sie ausgeliefert. Diese verfluchten Russen, ganze Nächte durch saufen sie schwarzen Thee und politisiren. Was machen Sie mit den Schriften, die man bei Ihnen gefunden hat?

Micha.: Ich suche sie zu verkaufen.

Fischer: Wo, in Rußland?

Micha.: Nein, hier in Zürich.

Fischer: Warum hat denn nun der Pole auf Sie geschossen?

Micha.: Es scheint mir, daß er nicht mehr bei Verstand ist.

Fischer: Sie sind ihm Geld schuldig?

Micha.: Durchaus nicht; ich habe ihn thätkräftig unterzückt.

Fischer: Nein, vor Hunger ist er verrückt geworden.

Micha.: Das ist nicht wahr. Er hatte jeden Tag genug zu essen.

Fischer: Für sie hat er eine Bombe werfen müssen, dabei hat er seine Augen verloren und nun lassen Sie ihn hungern. Schreiben Sie nun die Namen der Mitglieder auf.

Micha. schreibt ein paar Namen, die der Polizei so wie so bekannt waren. Dann wurde er verhaftet und in eine kleine Zelle eingesperrt. Hier blieb er bis zum 18. Juli, also elf Tage. Während dieser 11 Tage hat er niemand außer dem Gefangenwärter zu sehen bekommen, weder Herrn Fischer, noch sonst einen Untersuchungsbeamten. In der Zwischenzeit trug sich Folgendes zu:

Die Frau, bei welcher Micha. zur Miethe wohnte, wollte ihm Wäsche zukommen lassen und sie ging darum mit Hemden, Strümpfen u. s. w. zu Hauptmann Fischer. Dieser gab ihr aber an: Micha. sei nicht mehr in Zürich, sondern sei nach Genf gebracht worden, was also nicht wahr ist. Unter diesen Umständen blieb der Frau natürlich nichts anderes übrig, als mit der Wäsche nach Hause zurückzukehren.

Dem Meister, bei dem Micha. in Arbeit stand, kam dessen Verhaftung sehr unlegen. Er hatte denselben als tüchtigen Arbeiter schätzen gelernt und er ging darum zu Hauptmann Fischer, um sich danach zu erkundigen, ob Micha. nicht bald auf freien Fuß gesetzt werde, und ob er auf dessen Rückkehr rechnen könne.

Fischer erklärte darauf: Nein, auf den können Sie nicht mehr rechnen, d. h. mit anderen Worten: Der bleibt noch lange in Verhaft und wird dann wahrscheinlich ausgewiesen.

Der betreffende Meister, der gern noch eine oder zwei Wochen zugewartet hätte, sah sich nun veranlaßt, einen anderen Arbeiter einzustellen, und als Micha. ein paar Tage später auf freien Fuß gesetzt wurde, war sein Platz von einem Andern besetzt und er selbst nun brotlos.

Die Kasse, welche Micha. in der Strafanstalt vorgelegt wurde, war für ihn ungenießbar. Am vierten Tage seiner Verhaftung wurde ihm das Geld zugestellt, welches seine Kameraden auf der Polizei deponirten. Nun konnte er sich besseres Essen bestellen. Seine Bitte, für den mitverhafteten Kas. Brod kaufen zu dürfen, wurde abschlägig beschieden.

Wie schon gesagt, erlangte Micha. am 18. Juli seine Freiheit wieder. Unmittelbar vor seiner Entlassung wurde er noch einmal zu Polizeihauptmann Fischer geführt, welcher ihm die Erklärung gab:

„Sie werden nun entlassen, die Geschichte steht nicht so schlimm, wie ich dachte; die Akten gehen nun an den Bundesrath. Kommen Sie am nächsten Dienstage wieder hier vorbei.“ Schauen wir uns nun noch kurz nach den Erlebnissen des Herrn Kas. um. Derselbe ist ebenfalls am 8. Juli verhaftet und behausucht worden. Auch bei ihm fand sich nichts, als sozialistische Broschürenliteratur. Mit ihm führte Herr Fischer folgende Komödie auf:

Fischer: Was für politische Anschauungen haben Sie?

Kas.: Ich? Ich bin ein Sozialist.

Fischer: So, ich bin auch ein Sozialdemokrat, aber wenn Sie sagen, Sie seien ein Sozialist, so steht da noch etwas dahinter. Sie sind nicht in Zürich, um die Stadt anzuschauen. Wir wissen, daß Sie noch etwas anderes vorhaben. Wir können Sie nicht vorreden, Sie hätten sich hier nach Arbeit umgesehen. Ich beobachte Sie seit längerer Zeit und bin zu der Ueberzeugung gekommen, daß Sie noch etwas vorhaben. Das giebt wieder eine Bombenaffäre! Wie heißen die Mitglieder Ihres Vereins?

Kas.: Ich kenne die Namen nicht.

Fischer: Sie sind nun verhaftet.

Auch Kas. blieb 11 Tage verhaftet und wurde mit der gleichen Erklärung, welche Micha. zu Theil geworden war, entlassen. Als sie am Dienstage Herrn Fischer aufsuchen wollten, war derselbe natürlich nicht mehr zu treffen.

Seither haben Micha. und Kas. keine Vorladung mehr erhalten, überhaupt nichts mehr von dieser Sache zu hören bekommen.

Den Genossen, die hier auf dem Bureau der Bundesanwaltschaft Erkundigungen einziehen wollten, wurde der Bescheid zu Theil: Von einer solchen Untersuchung wisse man gar nichts.

Man sieht, das ist ganz dieselbe Methode, welche wir auch kennen. Abgesehen davon, daß den Bourgeois überall vor den Sozialdemokraten grault, ist der „freien“ Schweiz auch die Ungnade von Deutschland und Rußland fatal, und da opfert sie lieber ihr Freiheitsprestige.

Eine weitere Illustration zur Schweizer Freiheit

giebt ein Eingefandtes desselben Blattes, welches sich mit Malatesta beschäftigt.

Am 16. August abhin beschäftigten sich eine Anzahl schweizerischer Anarchisten in Chaux-de-Fonds mit der Lage unseres Freundes E. Malatesta, der in Lugano gefangen sitzt und die Entscheidung über ein Auslieferungsgesuchen Italiens gegen ihn erwartet. Zugleich besprach man das merkwürdige Schweigen des Großtheils der Presse unseres Landes in einer Frage, wo das Asylrecht, einst der Stolz unseres Vaterlandes, in Gefahr ist, verletzt zu werden.

Während der patriotischen Feste in Schwyz und in Bern, wo man sich freute, wieder in frischerem Schwünge den alten Heldengeist und Freiheitsdrang der Väter preisen zu hören, die dem Despotismus ihrer Zeit mit Gewalt entgegenzutreten und ihn in blutigem Kampfe in seine Schranken zurückzuweisen und unser freies Land einzig auf ihren starken Arm gründeten — während dieser Tage beschäftigte sich Niemand mit Malatesta, dem Manne, der sein großes Vermögen und glänzende Karriere und Alles zu Gunsten seiner anarchischen Ueberzeugungen opferte und als Arzt vor wenigen Jahren bei der Cholera-Epidemie in Neapel mit Todesverachtung überall an die gefährlichsten Stellen elkte, die ihm die Bewunderung selbst seiner Gegner und ihr ungetheiltes Lob eintrug. Und von diesem Manne verlangt jetzt Italien die Auslieferung, um ihn, nicht wegen eines bestimmten Vergehens, sondern ganz allgemein wegen „anarchistischer Antriebe“ zu verurtheilen und für lange Zeit im Kerker unschädlich zu machen.

Wenn man die auffallende Verschleppung dieser Auslieferungssache durch das schweizerische Bundesgericht mit der Anwesenheit des italienischen Justizministers in Lugano zusammenhält, kann man sich der Befürchtung nicht entschlagen, daß ein Unrecht in Aussicht steht, ein neuer Scherzgedienst der Schweiz gegenüber Italien, der um so unwürdiger ist, als er die Auslieferung, deren man sich schämt, und die man selber als ungerecht ansehen muß, scheinbar verweigert, aber durch etwas ersetzt, das praktisch genau auf dasselbe hinauskommt, nämlich durch die Ausweisung, mit Abführung an die italienische Grenze, wo dann die von unsern Behörden vorher benachrichtigte italienische Polizei ihr politisches Opfer aus den Händen der dasselbe scheinbar frei lassenden Schweizerpolizei in Empfang nimmt.

Ein ähnlicher Fall ist ganz kürzlich mit zwei ausgewiesenen Anarchisten an der italienischen Grenze thatsächlich vorgekommen, und es scheint, daß dieses neue, das Licht scheinende administrative System, analog dem in Rußland üblichen administrativen Verfahren nach Sibirien bei den Russen von unsern Behörden noch ferner praktiziert werden will, wenn nicht die schweizerische Presse bei Zeiten ein kräftiges Wort dazu sagt.

Wir erwarten, daß dieselbe Unabhängigkeits- und Ehrgefühl genug besitzt, um den Fall Malatesta nicht todzuschweigen, sondern, stelle sie sich im Uebrigen zu Malatesta's anarchischen Prinzipien wie sie wolle, dafür zu sorgen, daß ihm als einem durch und durch edlen, hingebungsvollen Menschen auch eine humane, würdige Behandlung zu Theil werde, und daß, was wichtiger ist als die Person Malatesta's, wir uns despotischen Staaten gegenüber nicht in unwürdigen Gefügigkeiten erniedrigen. Denken wir daran, daß die Nachgiebigkeit des Schwachen gegen mächtige Nachbarn, abgesehen von ihrer innern Unwürdigkeit, nie Dank einbringt, sondern den Starken nur begehrlicher und anspruchsvoller gegen uns macht und uns auf diesem abschüssigen Pfade schließlich zum nationalen Untergange nicht nur völlig vorbereitet und reif, sondern auch würdig machen würde. Darum ist es eine heilige Pflicht der Presse, unsere Freiheiten zu hüten und zu wahren, und das auch dann, wenn sie die politischen Ansichten der Männer, die sich des speziellen Falles zuerst angenommen haben, nicht theilt.

Wir hoffen, daß man sich gegenüber Malatesta nicht weniger unabhängig und rechtliebend zeige, als man es während der Bundesfeier sein wollte!

— Ein Arbeitsamt in Frankreich. Das französische Handelsministerium veröffentlicht soeben den Entwurf, betreffend ein zu errichtendes Arbeitsamt. Die Aufgabe des Arbeitsamtes wird in der Sammlung und Veröffentlichung solcher Informationen bestehen, welche sich auf die Arbeit, auf die Entwidlung der Produktion, auf die Organisation und Entlohnung der Arbeit, auf deren Beziehungen zum Kapital, auf die Lage der Arbeiter und auf die Vergleichung der Arbeitsverhältnisse in Frankreich mit denen in anderen Staaten beziehen. Das Amt wird alle in diesen Rahmen gehörige Arbeiten, die vom Minister für Handel und Gewerbe verlangt werden, auszuführen haben. Das Amt wird seinen Sitz im Handelsministerium haben, dem Minister unmittelbar unterstehen und in einen zweifachen Dienst, einen zentralen und einen auswärtigen, zerfallen. Der auswärtige Dienst wird von drei ständigen Delegirten versehen werden. Zeitweilig werden Beamte der verschiedenen öffentlichen Verwaltungszweige dem Arbeitsamt zugetheilt, zeitweilig Delegirte zu speziellen Missionen verwendet werden können. Das Zentralbureau wird mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln die für die Aufgaben des Arbeitsamtes verwendbaren Informationen sammeln, um dieselben im Vereine mit den von dem auswärtigen Dienst gelieferten für die zu veröffentlichenden oder dem Minister zu übergebenden Berichte zu verwerthen. Die Untersuchung der unter der Direktion oder der Kontrolle des Staates stehenden Etablissements bleibt nach wie vor den kompetenten Behörden vorbehalten. Die von dem Arbeitsamt gesammelten Erfahrungen werden das Material sowohl für periodisch erscheinende, als auch für außerordentliche, auf bestimmte Fragen bezügliche Publikationen zu bilden haben.

— Ein Unfallversicherungsgesetz in Belgien.

Endlich hat man sich nun auch in Belgien entschlossen, die Arbeitergesetzgebung nach bekannten Mustern in die Hand zu nehmen. Der jetzt vorliegende Entwurf regelt die Verhältnisse der Arbeiter und Dienstboten, die Verpflichtungen der Arbeitgeber und Dienstherrschften, führt eine Zwangsversicherung ein und ordnet das gesammte Verfahren zur Ausführung dieses einschneidenden Gesetzes. Der wichtigste Gesetzesabschnitt betrifft die Versicherungen und die Entschädigungen, welche die Industrieherrschften, Arbeitgeber und Dienstherrschften ihren bei der Ausführung einer Arbeit verletzten oder getödteten Arbeitern, Dienstboten und deren Familien zu zahlen haben. Der Arbeitgeber hat, falls er keine Entschädigung zahlen will, zu beweisen, daß er an dem Unfälle keinerlei Schuld trägt. Die zu entrichtenden Entschädigungen und Schadenersätze können weder abgetreten, noch beschlagnahmt werden.

Arbeitgeber und Dienstherrschäften, welche auf eigene Kosten ihre Arbeiter und Dienstboten derartig versichern, daß allen Bestimmungen dieses Gesetzes über Renten und Entschädigungen ganz genügt wird, sind von weiteren Pflichten befreit. Falls keine oder unzureichende Versicherung erfolgt, so sind Arbeitgeber und Dienstherrschäften auf Antrag der Arbeiter und Dienstboten verpflichtet, einer staatlichen Kasse sofort baares Geld oder Unterpfand zu überweisen, um die Zahlung der zuerkannten Entschädigungen und Renten zu sichern. Die Angestellten, Subalternbeamten, die Arbeitsunfällen ausgesetzt sind und die Dienstboten, die, wenn auch nur vorübergehend, an industrieller oder landwirtschaftlicher Arbeit theilgenommen haben, stehen den Arbeitern gleich. Für vollständige Arbeitsunfähigkeit von über 14 Tagen ist eine tägliche Entschädigung von 65 Prozent des Tagelohnes, welcher nach dem Durchschnitte des Vorjahres zu berechnen ist, zu zahlen; bei dauernder Arbeitsunfähigkeit wird auf derselben Grundlage eine lebenslängliche Rente gewährt. Ist die Arbeitsunfähigkeit eine dauernde, aber nur theilweise, so wird eine lebenslängliche Rente von 10 bis 50 Prozent des durchschnittlichen Tagelohnes gewährt. Im Falle des Todes erhält die Wittve — bis sie sich wieder verheirathet — 20 pCt. des durchschnittlichen Lohnes als Rente; für jedes eheliche oder anerkanntes Kind bis zum 14. Lebensjahre, für jede von dem Verstorbenen unterhaltene Schwester oder Bruder sind 10 pCt. zu bewilligen, doch darf das Ganze nicht 50 pCt. übersteigen. Außerdem müssen Apothekerkosten bis 100 Franks, Beerdigungskosten bis 50 Franks von dem Arbeitgeber getragen werden. Während ihres Dienstes verletzte Dienstboten erhalten je nach ihrem Lohne Entschädigungen bis täglich 2,60 Franks, Renten bis täglich 2 Franks. Alle Entschädigungen, Renten, Unfälle werden durch die Friedensrichter und im Falle der Berufung durch die Gerichte festgestellt; diese Sachen sind durchweg dringliche und gehen allen Prozessen vor. Es müssen versichert werden alle Arbeiter der Steinbrüche, Bergwerke, Minen, unterirdischen Arbeiten, der Eisenbahnen und Schiffahrtsbetriebe, aller Fabriken, Werkstätten und Bauplätze, welche durch Dampf, Gas, Elektrizität, Druckluft getriebene Maschinen verwenden, aller Industrien und Arbeiter, die explosive Stoffe erzeugen oder verwenden. Die Arbeiter des Staates, der Provinzen, Gemeinden und öffentlichen Etablissements sind der Zwangsversicherung nicht unterworfen.

— Eine weitere Frucht der franco-russischen Allianz ist der gewaltige Bar, welchen Rußland gegenwärtig in Frankreich anzubinden gedenkt, und zwar mit ganz besonderen Chikanen. Die „Times“ schreibt darüber:

„Es habe den Anschein, als ob die Kronstädter Zusammenkunft Rußland etwas eintragen solle, was ihm nöthiger sei, als das Recht, die Dardanellen zu passieren. Man spreche davon, daß das neue, von Rothschild refasste Anleihen übernommen und im Laufe des Monats Oktober vom Credit Lyonnais und anderen französischen Firmen im Betrage von 20 Millionen Pfund Sterling auf den Markt gebracht werden solle. Das Anleihen solle ein dreiprozentiges sein und nach Einigen mit 82 nach Anderen mit 84 aufgelegt werden. Demnach würde dasselbe weniger als 3/4 pCt. Zinsen bringen. Da der gegenwärtige Preis der russischen 4 proz. Anleihen 97 ist, so sei es schwer zu verstehen, weshalb in dem einen Falle das Publikum 4 Pfund Sterl. 5 Sh. 4 d. per Cent und im anderen weniger als 3 Pfund Sterl. 15 Sh. fordern sollte. Die Differenz müsse demnach als praemium affectionis angesehen oder als der Betrag betrachtet werden, welchen die französische Republik als Anerkennung für den Besuch des Zaren auf der französischen Flotte zahlen werde. Rußland braucht Geld, darüber herrsche kein Zweifel.“

Die biderbe „demokratische“ Volkszeitung, der wir diese Notiz entnehmen, bemerkt dazu, daß sie ihren Lesern abrathe, sich an diesem Geschäft zu betheiligen, weil es faul sei. Daß das Geschäft faul ist, glauben wir auch; aber das als einzigen Grund anzuführen, finden wir bei einem „demokratischen“ Blatt etwas komisch. Oder sollte die „Volksztg.“ nicht ahnen, daß es sich hier um eine verheerliche Kriegaanleihe handelt? Wenn das Geschäft besser wäre, so könnte man den deutschen „demokratischen“ Kouponabschneidern wohl rathen, den Russen Geld zu borgen zur — nun, zur „Demokratisierung“ Deutschlands?

Um den Zaren sicherer zu befestigen, will die russische Kaiserin eine Reise nach Frankreich machen. Die gesinnungstüchtigen Republikaner können dann eine lebendige Zarenona sehen. Entree 400 Mill. Mark. Sollte sich die Zarin bloß wegen einer gewöhnlichen Anleihe sehen lassen?

Der Verfall des Staatskredits.

Und es will mich schier bedanken,
Daß der Rabbi und der Abt — daß
sie alle beide —

M. M. Nämlich die „N. A. Z.“ und der „B. B. C.“ Die beiden stellen Typen dar. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ indem sie auf den bösen Spekulanten schimpft, welcher so unpatriotisch ist, an nationalen Anleihen Geld verdienen zu wollen, und der „Berl. Börsen-Courier“, indem er die Spekulanten gegen solche Insinuation in Schutz nimmt. In dieser lustigen Weise geht es in den Kapitalistenblättern fort. Die Regierungspresse, einschließlich der inspirierten Kreisblättchen, beseitigt die politische Opposition an, welcher sie den Mißerfolg der jüngsten Anleihe-Emission in die Schuhe schieben will, die Weisen in der Redaktion des „Berl. B. C.“ und die Richterlichen wollen entdeckt haben, daß es das Ungeheuer des Finanzministers ist, welches den Mißerfolg der Anleihe herbeigeführt hat. Und so schieben sich in dieser Weise beide Gruppen gegenseitig die Schuld an dem niedrigen Kursstand der heimischen Staatsfonds zu. Die

Marren! Sie zerbrechen sich den Kopf über die bekanntesten Dinge von der Welt und merken garnicht, daß sie alleammt eine lächerliche Figur machen.

Und damit das Trio voll wird, muß dann auch die „Berl. Börsen Ztg.“ noch kommen, die, wie immer, die dummste Ansicht vertritt und Folgendes ausführt:

„Die eigentlichen Frevler an dem Staatskredit, das sind weder die Börsenjuden, noch die Börsenschristen, überhaupt nicht die Börse, die heißgeliebte, sondern die Königlich Preussische Staatsregierung Höchselfst, die es nicht versteht, die preussischen Anleihen populär zu machen und das Publikum für dieselben zu interessieren. Der Käufer preussischer Anleihen müsse wissen, daß er jederzeit seine Papiere ohne Verlust verkaufen könne, er müsse glauben, er habe verzinsliche Banknoten liegen, wenn er Staatsanleihen kauft.“

Dieses Blatt stellt sich so dumm an, als ob es garnicht wüßte, daß der Staat 800 Millionen Mark aufkaufen müßte, wenn er vorher 400 Millionen Mark ausgegeben hätte, wollte er den Kurs halten oder befestigen. Nun fehlt nur noch die Cloaka maxima aus Köln am Rhein mit der Erklärung, daß die Alliance israelite universelle und Baron Hirsch die Urheber des Rückganges der Staatsfonds seien. Dann wäre keine Lücke mehr in dem lieblichen Konzert.

Unsere Leser werden sich erinnern, daß wir noch vor Ausgabe der letzten Anleihe das Fiasco derselben voraus sagten. Und damals gehörte ein gewisser Muth dazu, denn die gesammte Presse Deutschlands berichtete doch von 42- und 49maliger Ueberzeichnung des aufgelegten Betrages. Allein hatte ja das

Bankhaus Bleichröder	1 300 000 000 M.
die Firma Mendelssohn u. Co.	1 250 000 000 „
die deutsche Bank	1 109 462 900 „
in Summa 3 659 462 900 M.	

gezeichnet, während doch nur 450 lumpige Millionen zur Verfügung standen. Wir wiesen damals bereits darauf hin, daß das Reich seit 1877 in solchem Geschwindschritt Schulden auf Schulden angehäuft habe, daß es ganz unmöglich sei, weitere Anleihen von nennenswerther Höhe auf die alten Schulden aufzupropfen. Wir haben selbstredend niemals an dem Zeichnungshumbug geglaubt und die ganze Ueberzeichnung der Anleihe für einen finanzpolitischen Hofuspokus angesehen, dargestellt von den Börsenpatrioten zum Zweck der Erhöhung des Prestiges des neuen Finanzministers und begünstigt vom Finanzminister, um sich selbst ein möglichst schönes Relief für seine Erstlingsthaten zu geben.

Heute, nach einem halben Jahre schon, und noch ehe die letzten Einzahlungen auf die damalige Anleihe beendet sind, ist die Thatsache des Fiascos schon so offenkundig, daß sich kein einziges Blatt im Reiche mehr herausnehmen kann, den Mißerfolg zu leugnen, wie es dem Nothstand gegenüber noch immer geschieht. Nur über die Ursachen der weichen Staatsrentenkurse schwebt noch der Streit. Natürlich nur bei den Bourgeoisblättern, deren sadenscheinige Moral es nicht zuläßt, ihre eigenen Sünden frei zu bekennen. Daß doch die Leute immer nach einem Sündenbock für ihre eigenen Frevler suchen müssen.

Wir werden es ihnen sagen, den Rabbinatsassessoren und den Aebten, woran es liegt, daß die deutschen Fonds nach unten streben. Das liegt daran, daß der Schuldner ohne Prüfung des Umstandes, ob er seine Schulden auch dereinst wird abstoßen können, sich immer erneute Lasten aufhals, die wie durch ein Sieb in die große Senkgrube des Militarismus fallen. Die klugen Leute, welche jetzt die Komödie aufführen, begreifen den Zusammenhang der Dinge nicht oder heucheln wenigstens, ihn nicht zu begreifen.

Da finden wir in einem Kapitalistenblatt z. B. folgende Aufstellung der Nationalschulden in ihrer Vertheilung auf den Kopf der Bevölkerung:

China	0,25 Mark
Schweiz	8,30 „
Norwegen	23,50 „
Deutschland	28,35 „
Mexiko	43,85 „
Schweden	59,35 „
Türkei	64,25 „
Bereinigte Staaten	71,20 „
Rumänien	104,70 „
Dänemark	108,— „
Rußland	112,50 „
Brasilien	175,85 „
Italien	219,20 „
Griechenland	227,20 „
Oesterreich-Ungarn	288,— „
Argentinien	284,80 „
Spanien	320,— „
Belgien	333,35 „
Großbritannien und Irland	393,35 „
Portugal	492,— „
Frankreich	687,75 „

Mit solchen Spielereien glaubt man dem sinkenden Staatskredit auf die Strümpfe zu helfen. Was sollen dergleichen Statistiken? Etwa beweisen, daß Frankreich und England das Vielfache unserer Schulden haben? — Man wird doch diese Länder nicht mit dem ausgepowerten Deutschland vergleichen wollen. Wenn Frankreich z. B. nicht den Krieg von 1870/71 verloren hätte, dann würde es die Hälfte der gesammten inneren Schuld erspart haben. Frankreich hat aber diese Lasten getragen, es hat seitdem drei schwere wirtschaftliche Krisen durch-

gemacht und ist dennoch zahlungsfähig geblieben. Deutschland hat noch keinen Krieg verloren, keine Krisis von dem Umfange der Panama- und der Kupferkrisis durchlebt, und trotzdem wird der Staatskredit Deutschlands in der Welt um 1 ganzes Prozent Verzinsung niedriger veranschlagt, wie derjenige unserer Nachbarn jenseits der Vogesen. Wenn das Zufall sein soll, verstehen wir die Regeln der kapitalistischen Weltordnung nicht. Und der Hinweis auf die Verschuldung der barbarischen, wilden Völkerschaften? Der kann doch zu Deutschlands Ehrenrettung nicht herangezogen werden.

Welche Kapriolen auch die Vertheidiger des nationalen Pumpsystems schlagen, es wird ihnen nicht gelingen, den Staatskredit zu stärken, wenn sie nicht auf den Urquell des Uebels zurückgreifen und dort den Hebel ansetzen, d. h. die Ausgaben in Uebereinstimmung mit den Einnahmen halten und die wahnsinnigen Summen für ihre Kriegsrüstungen einschränken.

Das und nichts anderes ist der Grund für den Rückgang der 3prozentigen Staatsanleihen. Die Sparkraft des Publikums ist am Ende ihres Könnens. Wenn das der Fall ist, können weder patriotische Finanzmänner (übrigens eine contradictio in adjecta) noch Finanzminister mit weniger Engherzigkeit in puncto des Verdienens der Zwischenglieder bei Staatsanleihe-Operationen, als es Herr Miquel sein soll, den Kredit des Landes heben.

Die Entscheidung über Krieg und Frieden im Programmwurf.

Ein Beitrag zu seiner Kritik.

I.

H.M. Im zweiten Theil des Programmwurfs wird unter Ziffer 3 die Entscheidung über Krieg und Frieden durch die gewählten Vertreter des Volks gefordert. Der Entwurf will also, daß das Recht, Krieg zu erklären und Frieden zu schließen auf das Parlament, auf den Reichstag übergehen soll. Dem Volke selbst soll demnach die Entscheidung über Krieg und Frieden — wie das im alten Programm gefordert wurde — nicht zustehen.

Diese Aenderung, die eine Verminderung der Volksrechte und eine Vermehrung der Parlamentsrechte bedeutet, hat man mit dem Hinweis auf die heutige sehr entwickelte und vervollkommnete Technik der Kriegführung zu begründen versucht. Diese erheische die möglichste Schnelligkeit der kriegerischen Operationen, als da sind Mobilmachung, Formirung und Aufstellung der Truppen, ihre Beförderung an die Grenze u. dergl. mehr. Von der schleunigen Ausführung dieser Operationen hänge zum großen Theil der Ausgang des Krieges ab. Daher dürfe kein Augenblick verloren gehen, und es müsse gegebenen Falles eine Entscheidung so schnell wie möglich herbeigeführt werden. Da nun aber eine Volksabstimmung verhältnismäßig viel Zeit erfordere, die vom Feinde zu unserem Nachtheil ausgenützt würde, so sei die Entscheidung des Volkes über Krieg und Frieden aus praktischen Gründen zu verwerfen und an seine Stelle die „der gewählten Vertreter des Volks“ zu setzen. Da in einem Parlament eine Abstimmung sehr schnell herbeizuführen sei, so eigne sich dieses besser als das Volk zu Kriegserklärungen und Friedensschlüssen.

Wir wollen zunächst darauf aufmerksam machen, daß die vorstehenden Argumente doch nur für die Kriegserklärungen gelten, nicht aber für den Abschluß von Friedensverträgen. Letztere bedingen doch keine kriegerischen Operationen und können eben so gut vom Volke als von einem Parlamente ratifizirt werden.

Dann aber glauben wir, daß man bei der obigen Begründung der Nothwendigkeit einer schnellen Entscheidung und Aktion im Kriegsfalle konsequenterweise nicht beim Parlament stehen bleiben kann, sie führt folgerichtig zu dem Satze, daß der Regierung das Recht der Entscheidung über den Krieg zustehen müsse!

Gewiß ist es richtig, daß sich eine Parlamentsabstimmung in kürzerer Zeit bewerkstelligen läßt als eine Volksabstimmung, ein Plebiszit; aber ebenso richtig ist es, daß die Regierung, was Beschlußfassung anlangt, den Parlamenten „in der Fügigkeit über ist.“ Es kann doch leicht vorkommen, daß das Parlament, weil es doch nicht ohne Unterbrechung tagt und tagen kann, gerade in dem Moment, wo eine schnelle Entscheidung über den Krieg nöthig ist, nicht versammelt wäre.

Es muß also dann zusammengetrommelt werden, worüber mindestens ein Tag vergeht. Und was bedeuten nicht 24 Stunden für den Strategen! Nun soll es die Lage prüfen, diplomatische Aktenstücke studiren, die von der Regierung eingenommene Haltung kritisiren, dann berathen und endlich einen Beschluß fassen. Und alles das ist doch nöthig, soll die ganze Uebertragung des Entscheidungsrechts über den Krieg an das Parlament einen Sinn und einen Werth haben. Diese parlamentarischen Aufgaben lassen sich, sollen sie gewissenhaft und nicht frivol behandelt werden, auch nicht in wenigen Minuten bewerkstelligen, dazu gebraucht es viele Stunden, wenn nicht mehrere Tage.

Während aber die guten Volksvertreter eifrig über politische Situation debattiren, hat sich diese selbst schon wieder geändert. Der mit uns in Konsult gerathene Staat wird nicht erst auf den Ausfall des Parlamentsbeschlusses warten und dann sein Heer mobil machen, sondern es während der Berathung der Volksvertretung thun. Er verschafft sich dadurch vielleicht einen bedeuten-

den Vorsprung; während bei uns erst der Befehl an die Armee geht, kann der Feind schon über die Grenze gekommen sein.

Man sieht, diejenigen Gründe, welche sich gegen die Volksentscheidung über Krieg und Frieden geltend machen lassen, kann man auch gegen die Parlamentsentscheidung ins Feld führen. Erreicht wird mit letzterer keinesfalls, was man mit ihr beabsichtigte. Wir müßten also, wollten wir diese Frage unter zuvorkommender Berücksichtigung der gegenwärtigen militärischen und politischen Zustände lediglich nach Zweckmäßigkeitsgründen entscheiden, der Regierung das Recht überlassen, Krieg zu erklären, wenn sie es für nötig hält.

Von ganz anderen Grundsätzen ging früher die Sozialdemokratie in dieser Frage aus. Jedenfalls dachte man bei der Aufstellung des alten Gothaer Programms noch nicht so ungeheuer „staatsmännlich“ und „realpolitisch“ wie heute. Man sagte sich einfach: „Die Regierung hat kein Recht, ein Volk wider seinen Willen in einen Krieg zu stürzen. Deshalb verlangen wir Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk.“ Gewiß, dieser Standpunkt ist nicht einwandfrei, und wir werden uns mit ihm noch eingehend beschäftigen — aber es ist doch ein Standpunkt, dem ein klares Rechtsprinzip zu Grunde liegt, dessen Verwirklichung man anstrebte.

Die Forderung des neuen Programmwerfs aber, nach welcher „die gewählten Vertreter des Volks“ über Krieg und Frieden entscheiden sollen, ist eine jämmerliche Halbheit, ein trauriger Kompromiß von militärischen Zweckmäßigkeitsbetrachtungen und demokratischen Prinzipien!

Fragen wir, ob sich vielleicht noch andere Gründe für diese vom praktischen wie prinzipiellen Gesichtspunkt gleich unzulängliche Forderung des Programmwerfs geltend machen lassen?

Man wird vielleicht sagen, ein Parlament ist friedliebender als die Regierung, weniger wie diese zu Kriegen geneigt. Es wird also, wenn in seiner Hand die Entscheidung über Krieg und Frieden liegt, eine größere Garantie für die Erhaltung des Friedens bestehen.

Wir müssen das entschieden bezweifeln, glauben vielmehr, daß sich die Parlamente mindestens ebenso leicht zum Kriege entschließen wie die Regierungen. Die Geschichte kennt nicht nur friedliebende, sondern auch recht kriegerische Parlamente, ja sogar solche, die kriegerischer

waren als die Regierungen und welche diese gegen ihren Willen zum Kriege gedrängt haben. Und das ist leicht erklärlich; denn für die Regierung und insbesondere für eine Dynastie steht im Fall eines Krieges Alles auf dem Spiel. Sie wird sich daher zehn Mal überlegen, ob sie sich in einen Kampf, in dem es sich oft um Sein oder Nichtsein handelt, stürzen soll. Die Mitglieder eines Parlaments aber riskieren höchstens ihren Sitz. Von einem tiefen Verantwortlichkeitsgefühl ist bei ihnen keine Rede, und auch, wenn es vorhanden wäre, schwindet dort, wo mehrere 100 Personen zu entscheiden haben. Um so zugänglicher aber werden die Parlamentarier für die chauvinistischen Phrasen von nationaler Würde und dergleichen mehr sein. In der allgemeinen Aufregung werden sie den Kopf verlieren und sich von den Kriegsherrn mit fortreißen lassen.

Aus all diesen Gründen glauben wir denn auch, daß für die Erhaltung des Friedens die heutigen Regierungen mindestens ebenso sichere Garantien bieten als die korrupten und unfähigen Parlamente.

Und überdies, wie weit entfernen wir uns mit dieser angeblichen „Realpolitik“ von dem wirklich Realen! Welcher Sozialdemokrat kann auch nur im Ernste daran denken, daß unter den heutigen Verhältnissen im deutschen Reich das Parlament jemals die Entscheidung über Krieg und Frieden bekommt! So lange die gegenwärtigen Machtverhältnisse fortbestehen, ist an eine Parlamentsregierung im englischen Stil in Deutschland garnicht zu denken. Dazu fehlt uns nicht weniger als alles!

Aber nehmen wir für einen Augenblick selbst das Unmögliche an, denken wir uns, der deutsche Reichstag hätte das Recht, über Krieg und Frieden zu entscheiden. Was wäre damit für das Proletariat gewonnen? Nichts, absolut garnichts! Der ganze Militarismus ließe sich mit diesen Zuständen sehr wohl vereinigen und gerade in diesem liegt die Kriegsgefahr. Daß aber dem Militarismus nur das Proletariat ein Ende machen kann, das haben noch jüngst in Brüssel dessen Vertreter einmütig anerkannt.

Wozu also eine solche Halbheit, eine solche Forderung im Programm, die selbst, wenn sie erfüllt, keinen Schutz Pulver Werth für das Proletariat hätte?

Wenn aber das Proletariat zur herrschenden Klasse geworden, die politische Macht erobert hat, dann wird von Parlamenten noch viel weniger die Rede sein, als von Entscheidungen über Krieg und Frieden. Die einzige

kriegerische Aufgabe, die das europäische Proletariat vielleicht noch zu lösen haben wird, wird die Beseitigung des russischen Zarenismus sein. Aber auch das ist ungewiß. Wahrscheinlich wird dieser beim Siege des Proletariats von den russischen Revolutionären selbst beseitigt. Der Parlamentarismus aber wird auf alle Fälle von der Bildfläche verschwinden.

Was bleibt also von jener Forderung: „Entscheidung über Krieg und Frieden durch die gewählten Vertreter des Volks“ für die Zukunft übrig? Nichts, garnichts!

Sie taugt also nichts für die Gegenwart, sie taugt auch nichts für die Zukunft; sie ist weder „praktisch“ und „möglich“, noch demokratisch und prinzipiell!

Darum hinweg mit ihr aus dem Programm! Was wir aber an ihre Stelle setzen möchten, werden wir im folgenden Artikel darlegen.

Literarisches.

— **Lieder für das arbeitende Volk.** Jael, Nr. 1. a) Halte Wort, von Joh. Ph. Becker. b) Vorwärts, Part. 80 Pf., Stimm. 1 M. — Jael, Nr. 2. a) Lied der Internationals, von A. Geib. b) Wie ist doch die Zeitung so interessant, Hoffmann v. Fallersleben, Part. 80 Pf., Stimm. 1 M. 20 Pf. — La Parjaiselle, für Orchester, 16 Stimmen 75 Pf. netto. — Riva, S., zwei Lieder, a) Noch ist die Freiheit nicht verloren, R. Prus. b) Es dämmert im Osten, Part. 80 Pf., Stimm. 1 M. — Riva, S., Aufforderung: Schlägt noch dein Herz, mit Begleitung des Piano. Part. 80, Stimm. 60 Pf. — Eigenthum des Verlegers. Dresden, Joh. Günther.

— **Der Spottvogel.** Erscheint wöchentlich in Festschrift à 10 Pf. Eine kurze, wichtige Uebersicht über die politischen Wochenereignisse.

— **Berlin-Alt.** Die Erde, Lieferung 2-5. Preis pro Lieferung 60 Pf.; das Werk soll in 15 Lieferungen vollständig sein. Braunschweig, Verl. von Otto Salle.

Die empfehlenden Worte, welche wir der ersten Lieferung f. z. gewidmet haben, können wir nur wiederholen. Das Buch ist populär und interessant geschrieben, aber durchaus auf der Höhe der Wissenschaft gehalten.

— In der **Philipp Reclam'schen Universal-Bibliothek** gelangten soeben folgende Bände zur Ausgabe: Nr. 2851—2853. Sigmund Freud, Deutsche Vorlesungen. — Nr. 2854. Friedrich Guckel, Der Hengstmeister. — Nr. 2855. Konrad v. Würzburg, Drei Dichtungen. Frei aus dem Mittelhochdeutschen übertragen von Heinrich Kraeger. — Nr. 2856. Henrik Ibsen, Frau Inger auf Vestrot. Schauspiel in fünf Aufzügen. Deutsch von R. von Borch. — Nr. 2857. 2858. Ouida, Farnham. Roman. — Nr. 2859. Conrad Zahn, Der hundertste Schimmel. Lustspiel. — Nr. 2860. David Haef, Phantasie- und Lebensbilder.

Öffentliche Versammlung der sozialdemokratischen Parteigenossen des dritten Berliner Reichstags-Wahlkreises

am Dienstag, den 22. September, Abends 8 Uhr, in der „Berliner
Ressource“, Kommandantenstraße 57.

Tages-Ordnung: Der bevorstehende Parteitag in Erfurt. Referent: Genosse
A. Gerich. 2. Diskussion. 3. Wahl der Delegirten zum Parteitag. 4. Wahl einer Kommission
zum Sammeln der Gelder behufs Deckung der Unkosten der Delegirten. 5. Wahl zweier Mit-
glieder zur Lokal-Kommission. 6. Ersatzwahl eines Mitgliedes zur Preßkommission. 7. Wahl
von Revisoren. 8. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vertrauensmann.

Maler.
Mittwoch, den 23. September 1891, Abends 8 Uhr, in „Gratweil's Bierhallen“,
Kommandantenstraße 77—79:
Große öffentliche Versammlung
sämtlicher Maler, Anstreicher u. verwandten Berufsgenossen.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Max Schippel**
über: „Die Nacht der Junger in Preußen“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
Der Vertrauensmann.

Die seit 1877 bestehende, weltbekannte
Uhrenfabrik
von
MAX BUSSE
157. Invaliden-Strasse 157, neben der Markthalle,
verkauft jetzt sämtliche Uhren zu bedeutend herabgesetzten Preisen.
Für jede Uhr wird roelle Garantie geleistet.
Grosso Abschlüsse mit Pforzheimer und Hanauer Fabrikanten er-
möglichen derselben Firma den Verkauf von
Gold-, Silber-, Granaten- und Korallenwaren
zu fabelhaft billigen Preisen.
Spezialität: Ringe.
Reparaturen an Uhren und Goldsachen werden auf das Gewissenhafteste
ausgeführt.

Meerschamm-, Bernstein- und Elfenbein-Waaren.
Spezialität: **Portraits** bewährter sozialistischer Führer (Lassalle, Marx u. A.), in
Cigarrenspitzen, Pfeifenköpfen, Shliponadeln, Mandettenknöpfen, Stöcken und
Brochen. en gros. en detail.
B. Günzel, Brunnenstraße 157, am Rosenthaler Thor.

Verein d. Sattler u. Fachgenossen.
Versammlung
am Sonnabend, den 19. September 1891,
Abends 8 1/2 Uhr, im „Prestener Garten“,
Dresdenerstraße 45.
Tages-Ordnung: 1. Welchen Werth haben
die internationalen Kongresse für die Arbeiter?
Referent: G. Einl. 2. Diskussion. 3. Ver-
schiedenes.
Zu regem Besuch ladet ein
Der Vorstand.
NB. Am Sonntag, den 27. September: Ge-
müthliches Beisammensein im Vereinslokal.

Wichtig für den Nord-Bezirk!
Chausseestrasse 83
gegenüber der Tiefenstraße.
Freunden und Genossen bringe mein
Schuhwaren-Geschäft
in freundliche Erinnerung. Größte Auswahl.
Zeitgemäße Preise.
Keine Duzendwaare. Keine Bazarwaare.
Pilschube.
Elegante Stiefel. Starke Arbeitstiefel.
O. Fäse, Chausseestr. 83.

Aufruf!
Nirgends wird ein Widerspruch zwischen
Lehre und Leben angetroffen, der lächerlicher
und widersinniger wäre als bei den sogenannten
„besitzlosen Gebildeten“, welche aus Wahrheits-
liebe und Selbstachtung ihren Lebenslauf unter-
brochen oder eine Stellung aufgegeben haben,
um geistige Vorkämpfer der Sozialdemokratie
zu werden. Ihren Brüdern und Schwestern
predigen sie Sozialismus, Gemeinschaft, und
sie selbst ignoriren dieselbe untereinander. Wo
sich Alles organisiert, wollen wir gegen unsere
Ueberzeugung handeln. „Ihr Elenden und
Bedrückten aller Länder, vereinigt Euch!“ also
rief der große Marx dem Proletariat zu, und
sind wir keine Proletarier? In seinem Sinne
und, so er noch unter uns wolle, in seinem
Auftrage rufen wir: „Ihr „besitzlosen Gebildeten“
aller Städte, vereinigt Euch!“ — Wer von den
Berliner Herren Genossen unserer Ansicht ist
und das Bedürfnis fühlt nach Zusammenschluß
der zersplitterten Kräfte, beliebe seine Adresse
zwecks Einladung zu einer Besprechung an den
Untersignierten zu senden.
Im Auftrage mehrerer Gleichgesinnten:
A. Fiebig,
Königsgräberstraße 56a, S. 2 Tr.

Die liebe Polizei.

So Zweie stehen und flüstern,
Da steht die Polizei
Den Himmel sich undüstern
Und riecht Rebellei,
Fängt an zu arretiren,
Denn s' könnt' zum Aufruhr führen;
Und darauf hat sie ja zu sehen:
Die Welt soll sich auch morgen drehen!
Es lebe hoch die Polizei,
Die liebe Polizei!

Fängt Einer an zu niesen,
Spitzt sie die Ohren schnell,
Und wittert hinter diesem
Den schändlichsten Rebell;
Rieft er zum zweiten Male,
So sind das Kampfsignale; —
Die Polizei packt ihren Mann,
Bevor er weiter niesen kann.
Es lebe hoch die Polizei,
Die liebe Polizei!

Vor jeder rothen Nase,
Da bleibt sie sinnend stehen,
Es könnte in der Straße
Ein Attentat geschehen;
Und weiter dient dergleichen
Oft als Erkennungszeichen; —
Drum mit der Nase in Arrest,
Dann steht des Staates Pfister fest.
Es lebe hoch die Polizei,
Die liebe Polizei!

Drum laßt, ihr guten Christen,
Euch nie von dem Geschrei
Der Wähler überlisten,
Und ehrt die Polizei!
Und tritt sie euch von hinten,
So laßt gefaßt euch finden
Und denkt: „Ei nun, auch das ist gut,
's ist doch ein schönes Institut!“
Es lebe hoch die Polizei,
Die liebe Polizei!

Was sollen wir also thun!

Von Graf Leo Tolstoi. Deutsch von August Scholz.
X.

Jenes Gefühl des Mitleids mit den Menschen und der Abneigung gegen mich selbst, welches ich im Djapin'schen Hause empfunden hatte, habe ich später nicht mehr gehabt; ich war ganz erfüllt von dem Wunsche, das von mir begonnene Werk durchzuführen und jenen unglücklichen Menschen, die ich hier vorfinden würde, Gutes zu erweisen. Aber wie seltsam! Man sollte glauben, daß die Erweisung von Wohlthaten, die Vertheilung von Geld unter nothleidende Menschen eine sehr schöne Sache sei und Liebe zu den Menschen in uns erwecken müsse. Das Gegentheil aber war der Fall; die Ausübung der Wohlthaten brachte in mir vielmehr eine Abneigung gegen die Menschen und eine Verdammung derselben hervor. Am Abend des ersten Zähltages ereignete sich eine Szene, welche ganz den Szenen im Djapin'schen Hause gleich, und dennoch brachte dieselbe bei mir einen ganz anderen Eindruck hervor. Die Sache begann damit, daß ich in einem der Quartiere gerade eine solche Person fand, wie ich sie brauchte, eine Person, die sofortige Hilfe nöthig hatte. Es war ein verhungertes Weib, das seit zwei Tagen nichts gegessen hatte. Das Quartier bestand aus einem sehr großen, fast leeren Raum, der einer ganzen Anzahl von Personen als Nachtherberge dienen mochte. Ich fragte eine anwesende alte Frau, ob es hier sehr arme Leute gebe, solche z. B., die nichts zu essen hätten. Die Alte dachte nach und nannte mir zwei Namen, dann aber schien plötzlich ihr Gedächtniß lebendig zu werden.

„Da liegt sie ja,“ sagte sie, in dem sie nach einer der besetzten Kojen wies, „die da drinnen hat, glaub' ich, schon lange nichts gegessen.“

„In der That? Und wer ist sie denn?“

„Sie war früher eine Dirne, aber jetzt nimmt sie keiner mehr, darum hat sie kein Verdienst mehr. Die Wirthin hat immer noch Mitleid mit ihr gehabt, jetzt aber will sie sie weggagen. . . Agafia, he Agafia!“ rief die Alte.

Wir traten näher heran, und in der Koje begann sich etwas zu regen. Es war ein halb ergrautes, zerzaustes, zum Skelett abgemagertes Weibsbild in einem schmutzigen, zerrissenen Hemde, mit eigenthümlich glänzenden, starren Augen. Sie blickte an uns vorüber und suchte mit ihrer dünnen Hand ihr Leibchen zusammenzuziehen, um ihre knochige Brust, die von dem schmutzigen Hemde entblößt war, zu bedecken, wobei sie, offenbar unwillig über die Störung, in ärgerlichem Tone rief: „Was denn, was denn?“

Ich fragte sie, was für ein Leben sie führe. Sie schien mich lange nicht zu verstehen, dann sagte sie: „Weiß selbst nicht, man will mich fortjagen.“

Ich fragte sie — und ich schämte mich, es niederzuschreiben — ob es wahr sei, daß sie nichts gegessen habe. Und in derselben fiebernden, hastigen Weise antwortete sie, ohne mich anzusehen:

„Gestern und heut hab' ich nichts gegessen.“

Der Anblick dieses Weibes machte einen tiefen Eindruck auf mich, jedoch nicht von der Art, wie die Szenen, die mir im Djapin'schen Hause vor Augen getreten waren. Dort hatte ich mich vor lauter Mitleid für jene Menschen geradezu meiner selbst geschämt, hier freute ich mich beinahe darüber, daß ich endlich das gefunden hatte, was ich suchte, nämlich einen hungrigen Menschen.

Ich gab ihr einen Rubel und erinnere mich, daß ich sehr vergnügt war, daß andere es gesehen hatten. Als die Alte dies sah, bat auch sie mich um Geld. Es war mir so angenehm, zu geben, daß ich, ohne erst nachzuforschen, ob es nöthig sei oder nicht, auch der Alten was gab. Diese geleitete mich bis hinter die Thür, und die Leute, welche im Korridor standen, hörten, wie sie mir dankte. Wahrscheinlich hatten die Fragen, welche ich über Noth und Elend stellte, auch ihre Erwartungen rege gemacht, und so folgten uns einige von ihnen. Noch in dem Korridor begannen sie mich um Geld zu bitten. Es befanden sich unter den Bittenden ein paar offensbare Trunkenbolde, die einen unangenehmen Eindruck auf mich machten; nachdem ich jedoch der Alten einmal gegeben hatte, hatte ich kein Recht, diesen eine Gabe zu verweigern und ich begann auch unter sie Geld zu vertheilen. Während ich noch dabei war, kamen noch weitere hinzu. In sämtlichen Quartieren entstand eine förmliche Bewegung. Auf den Treppen und Gallerien erschienen Leute, die mir mit Bliden folgten. Als ich auf den Hof hinaustrat, kam von einer der Treppen ein Knabe heruntergestürzt, der die Umherstehenden mit dem Ellenbogen auseinanderdrängte. Er schien mich nicht zu sehen und rief hastig:

„Der Agascha hat er einen Rubel gegeben!“

Unten angekommen, schloß er sich der Menge an, die mir folgte. Ich trat auf die Gasse hinaus. Leute aller Art kamen hinter mir her und baten mich um Geld. Ich vertheilte alles Kleingeld, das ich bei mir hatte, und trat in einen offenen Laden, dessen Inhaber ich bat, mir eine Zehnrubelnote zu wechseln. Jetzt geschah genau dasselbe, was auch im Djapin'schen Hause geschehen war. Ein schrecklicher Wirrwarr entstand. Alte Weiber, Gelleute, Bauern, Kinder drängten sich vor dem Laden und hielten mir die Hände hin; ich gab immerzu, fragte auch einige nach ihrem Leben und machte mir Bemerkungen in mein Notizbuch. Der Krämer, der mit hochgezogenem Pelzkragen wie ein Götzenbild hinter dem Ladentisch saß, warf von Zeit zu Zeit einen Blick auf die Menge und schaute dann wieder geradeaus; er fühlte jedenfalls ebenso wie alle andern, daß es eine Dummheit war, was ich da that, doch konnte er das nicht offen sagen.

Im Djapin'schen Hause hatte mich das Elend und die Erniedrigung der Menschen betroffen gemacht, ich fühlte mich als Mitschuldigen an diesen Zuständen und hegte den Wunsch, besser zu werden. Jetzt hatte eine ganz ebensolche Szene auf mich einen durchaus anderen Eindruck gemacht: ich empfand eine Abneigung gegen viele von denjenigen, welche mich umgaben, und zweitens eine Beunruhigung darüber, was wohl die Krämer und Hausknechte von mir dachten.

Als ich an diesem Tage nach Hause zurückkehrte, war mir durchaus nicht wohl ums Herz. Ich fühlte, daß das, was ich gethan hatte, albern und unbillig war. Wie es jedoch immer zu sein pflegt, wenn das Innere des Menschen sich im Widerspruche mit sich selbst befindet, so redete ich auch diesmal sehr viel von den begonnenen Werken, als ob ich durchaus nicht am Erfolge desselben zweifelte.

Am nächsten Tage begab ich mich allein zu den von mir notirten Personen, welche mir elender als die übrigen erschienen waren, und denen, wie ich glaubte, leichter zu helfen war. Wie ich bereits sagte, habe ich nicht einer einzigen von diesen Personen wirklich geholfen. Es erwies sich als weit schwieriger, ihnen zu helfen, als ich angenommen hatte. Ob es nun wirklich nicht anders ging, oder ob nur ich die Sache nicht verstand, jedenfalls hatte ich alle diese Leute nur gereizt und keinen geholfen. Ich ging bis zum letzten Zähltag mehrmals nach dem Rischanow'schen Hause, und jedesmal geschah genau dasselbe: ich wurde von einer Menge bettelnder Menschen umlagert, zwischen denen ich mir ganz verloren vorkam. Ich sah, daß es unmöglich war, irgend etwas zu erreichen, weil ihrer allzu viele waren, und weil ich eben deshalb, daß ihrer so viele waren, eine Abneigung gegen sie empfand; aber auch einzeln genommen hatten sie nichts besonders Anziehendes für mich. Ich fühlte, daß jeder von ihnen mir die Unwahrheit oder wenigstens nicht die ganze Wahrheit sagte und in mir lediglich den offenen Geldbeutel sah, in den man nur hineinzulangen brauchte. Und sehr oft schien es mir, daß das Geld, welches er von mir verlangte, seine Lage nicht verbessern, vielmehr verschlimmern würde. Je öfter ich in jene Häuser ging, in je engeren Verkehr ich mit den Bewohnern derselben einließ, desto handgreiflicher erschien mir die Unmöglichkeit, für sie irgend etwas von bleibendem Werthe zu thun, doch ließ ich gleichwohl bis zur letzten Zählung, die zur Nachtzeit stattfand, nicht ab von meinem Plane.

Dieser letzte Besuch ist mir in ganz besonders pein-

licher Erinnerung. Bisher war ich meist allein gegangen, diesmal aber machten wir uns in einer Stärke von zwanzig Mann auf den Weg. Um sieben Uhr versammelten sich in meiner Wohnung alle diejenigen, die an diesem letzten Streifzuge theilnehmen wollten. Es waren fast lauter Unbekannte, Studenten zumeist, ein Offizier und zwei meiner Bekannten aus der großen Welt, die mit der landläufigen Wendung: „Die Sache muß sehr interessant sein!“ mich baten, sie unter die Volkszähler aufnehmen zu wollen.

Meine beiden Bekannten hatten ganz besondere Vorbereitungen getroffen. Sie trugen eine Art Jagd-joppe und hohe Reifestiefel, ein Kostüm, das ihnen für eine derartige Unternehmung, die in ihren Augen mit einer Jagdpartie viel Aehnlichkeit hatte, als das geeignetste erschien. Auch ihre Notizbücher und Bleistifte hatten eine ungewöhnliche Form. Sie befanden sich in jener aufgeregten Stimmung, in der man etwa zum Duell, zum Kriege oder, wie gesagt, zur Jagd geht. An ihnen war die Ungereimtheit unserer falschen Lage ganz besonders zu erkennen, aber auch wir andern waren in der gleichen falschen Lage. Vor unserer Abfahrt fand eine Berathung statt, eine Art Kriegsrath darüber, wie die Sache anzufassen sei, wie wir uns zu vertheilen hätten u. s. w. Unsere Berathung glich vollkommen den bekannten Versammlungen und Komiteesitzungen, in denen jeder spricht, nicht, um etwas Nothwendiges zu sagen oder zu erfahren, sondern nur, um vor den andern nicht zurückzubleiben und eben auch etwas zu sagen. Nicht ein einziger sprach in jener Berathung von den Wohlthätigkeitszielen, über die ich zu ihnen allen so oft geredet hatte. So peinlich es mir auch war, so fühlte ich mich gedrungen, ihnen diese Wohlthätigkeitsziele ins Gedächtniß zu rufen, d. h. sie zu bitten, daß sie bei Gelegenheit der Zählung sich auch alle diejenigen merken möchten, die sich in einer elenden Lage befänden. Alle hörten mich, wie es mir schien, mit einer gewissen Niedererschlagenheit an und gaben mir mit Worten ihre Zusage; es lag jedoch auf der Hand, daß sie alle wußten, daß es eine Dummheit sei, was ich sagte, und daß nichts dabei herauskommen würde. Und sogleich begannen sie wieder von irgend etwas anderem zu sprechen.

Endlich brachen wir auf. Vor dem Rischanow'schen Hause angekommen, traten wir in die Thoreschwelle ein. Die Kellner nahmen uns die Ueberröcke ab, und wir falteten unsere Mappen auseinander. Als man uns mittheilte, daß die Leute im Hause von unserer Ankunft gehört hätten und die Quartiere verließen, baten wir den Wirth, das Thor schließen zu lassen, und begaben uns selbst in den Hof, um den Leuten zum Dableiben zuzureden, indem wir ihnen versicherten, daß niemand nach ihren Pässen fragen würde.

Ich erinnere mich des seltsamen und peinlichen Eindrucks, den der Anblick dieser aufgeschreckten Nachtlagerer auf mich hervorbrachte: in ihrer zerrissenen, unvollständigen Kleidung erschienen sie mir in der Dunkelheit des Hofes, bei der spärlichen Laternenbeleuchtung in übergroßer Gestalt; mit ihren erschreckten und insolge des Schreckens grausig anzusehenden Gesichtern standen sie in dichter Gruppe um den übertriebenen Abort gedrängt, hörten unsere Versicherungen an, ohne denselben Glauben zu schenken, und waren offenbar wie ein Rubel gehegten Wildes zu allem bereit, um nur unserer Verfolgung zu entgehen. Von den Herren dieser Welt, von der städtischen und ländlichen Polizei, von Richtern und Staatsanwälten ihr Leben lang gehegt, nirgends ihres Lebens sicher, weder in der Stadt, noch auf dem Dorfe, weder in den Gassen, noch auf den Landstraßen, weder in den Schenken, noch in den Nachtquartieren, konnten sie unmöglich annehmen, daß diese Herren diesmal nur deshalb gekommen seien und die Thore versperrt hätten, um nichts weiter als eine Zählung vorzunehmen. Gerade so hätte man von den Hasen verlangen können, daß sie glaubten, die Hunde wären nur gekommen, um sie zu zählen, nicht, um sie zu jagen.

Die Thore wurden in der That geschlossen, und die alarmirten Hausbewohner begaben sich in die Quartiere zurück, in die wir ihnen, nachdem wir uns in Gruppen getheilt hatten, nunmehr folgten. Mit mir gingen die beiden vornehmen Herren und zwei Studenten. Uns voran schritt Wanja mit der Laterne, im Paletot und in weißen Beinleidern. Wir begaben uns in die mir bereits bekannten Quartiere. Die Leute, welche wir in denselben antrafen, waren mir nur zum Theil bekannt, die meisten Gesichter waren mir neu, und das Schauspiel, welches sich mir diesmal bot, war ungewohnter und grauenhafter, als selbst dasjenige, welches ich im Djapin'schen Hause gesehen hatte. Alle Quartiere waren bis oben voll. In der Koje lag nicht eine, sondern zwei Personen. Grausig war dieser Anblick infolge der Enge, in welcher sich diese Menschen drängten, sowie infolge des durcheinanders der beiden Geschlechter. Alle Weiber schliefen, total betrunken, mit den Männern zusammen. Viele Weiber schliefen sammt ihren Kindern in den engen Kojen bei fremden Mannspersonen.

Es war ein schrecklicher Anblick, so viel Armuth und Schmutz und Lumpen und Angst an einem Orte

angehäuft zu sehen — schrecklich namentlich durch die überraschend große Anzahl von Menschen, welche sich in dieser Lage befanden. Ein Quartier wie das andere, und das dritte und zehnte und das zwanzigste ganz so wie das erste, und so fort bis ans Ende. Und überall derselbe Gestank, dieselbe stidige Luft, dieselbe Enge, dieselbe Vermischung der Geschlechter, dieselben sinnlos betrunkenen Männer und Weiber und dieselbe Demuth, Aengstlichkeit und Schuldbewußtheit in allen Gesichtern. Und ich fühlte wieder jenen Schmerz und jene Scham, wie im Japan'schen Hause, und ich begriff, daß das Werk, das ich begonnen hatte, thöricht und widerwärtig und darum unausführbar sei. Und ich schrieb diesmal keinen mehr auf und fragte auch nicht einen nach Noth und Elend, denn ich wußte, daß nichts dabei herauskommen würde.

Ich war von schmerzlichen Empfindungen erfüllt. Im Japan'schen Hause war ich mir vorgekommen wie ein Mensch der plötzlich am Leibe eines andern ein furchtbares Geschwür erblickt. Er bedauert den andern, er empfindet Gewissensbisse darüber, daß er ihn früher nicht bedauert hat, und er kann daran noch denken, dem Kranken Hilfe zu bringen. Hier aber erschien ich mir wie ein Arzt, der mit seinen Salben und Arzneien zu dem Kranken gekommen ist, sein Geschwür entblöht und aufgerissen hat und nun sich selbst eingestehen muß, daß alles dies umsonst gewesen ist, daß er dem Kranken mit seinen Salben einfach nicht zu helfen vermag.

Der Kampf eines Konservativen gegen die Getreidezölle.

II.

In den zitierten Stellen der von ihm herausgegebenen „Briefe und sozialpolitischen Aufsätze von Robertus“ hatte Meyer die konservative Partei in ihrem eigenen Interesse vor den Kornzöllen gewarnt durch den Hinweis auf die Folgen: Die Arbeiter werden sich noch mehr der Sozialdemokratie zuwenden, die Kapitalkonzentration in der Landwirtschaft wird gefördert, und Deutschland wird wehrlos Rußland gegenüber.

Recht behalten hat er in allen drei Punkten. Und daß es nicht Aufgabe einer konservativen Partei sein kann, diese drei Gefahren über sich und ihre Klasse heraufzubeschwören im Interesse eines ganz gewöhnlichen momentanen Job — das ist wohl klar. Die Art, wie Meyer mit seinen Ausführungen aufgenommen wurde, zeigte dann freilich, daß seine Auffassung der sozialen Entwicklung unrichtig und die der Sozialdemokratie richtig war. Diese konservativen Gedanken, welche jene kleine Gruppe von Idealisten vertrat, zu der er gehörte, waren eben so auf das Wohl der Arbeiterklasse gerichtet, wie die sozialdemokratischen. Aber diese Konservativen gaben sich der falschen Hoffnung hin, durch Konzessionen, welche die herrschende Klasse machen sollte, eine ruhige soziale Entwicklung herbeizuführen; während die Sozialdemokratie eingesehen hat, daß die Menschen blind werden, wenn ihre Interessen ins Spiel kommen, und daß die Arbeiterklasse, weil ihre Interessen denen der herrschenden Klasse entgegengesetzt sind, deshalb nur auf sich selbst rechnen kann. Das heißt aber, daß die soziale Entwicklung nicht ruhig vor sich geht.

Die Aufnahme der Meyerschen Polemik gegen die Kornzölle ist, wie gesagt, ein Beweis dafür. Statt einem Mann dankbar zu sein, der sie im Interesse der Gesamtheit und damit in ihrem eigenen wohlverstandenen Interesse davor warnte, überschüttete sie ihn mit den gemeinsten Verleumdungen. Schon früher hatte Meyer die Korruption in der leitenden Gesellschaft aufgedeckt und in seinen „politischen Gründen“ manchem, der heute in großem öffentlichen Ansehen steht, die Maske abgezogen. Das Buch ist natürlich immer noch verboten, wird aber für den späteren Geschichtschreiber der „großen Zeit“ ein sehr wichtiges Dokument sein. Wegen der Angriffe gegen den Fürsten Bismarck, welche sich an dieses Buch knüpften, mußte Meyer damals auch aus Deutschland flüchten. Nun kam noch seine Polemik gegen die Kornzölle, und da dachten die mehr oder weniger dunkeln Ehrenmänner „welche mit den silbernen Löffeln des Herzogs von Cumberland aßen ohne von ihm eingeladen zu sein“ und die Agrarier, welche ihr Heiligstes bedroht sahen, ihre Profite, daß man diesen unheimlichen Mann irgendwie endgültig vernichten müsse. Sehr wählerisch sind ja Bismarck und seine Trabanten in der Wahl ihrer Mittel nie gewesen.

In einem Artikel „Meyer-Ephialtes“ war der in der uns ja genügend bekannten Manier dieser „Vernichtungskrieg“ inszeniert. Ein nettlicher Zufall will, daß die neu aufgefundenene Schrift des Aristoteles „Ueber das Staatswesen der Athener“ eine Charakteristik des Ephialtes enthält, die sich jene Preßkrafen gewiß nicht haben träumen lassen: „Im Vertrauen auf sie unternahm Ephialtes, des Lophonides Sohn, der für einen unbesiegblichen und verfassungstreuen Mann galt . . . einen Angriff auf den Areopag. Zunächst beseitigte er eine größere Anzahl von Areopagiten, indem er sie wegen ihrer Verwaltung zur Verantwortung zog . . .“ Schlimm, wenn man wegen solcher Lappalien Areopagiten beseitigt, wird Bismarck meinen. Aber das ist ja auch schon lange her, und jetzt kommt so etwas nicht mehr vor.

Sehr würdig antwortete Meyer 1882 in der zweiten Auflage seines „Emanzipationstamps“: „Im Uebrigen muß ich bemerken, daß man meine Behauptungen, die selten ohne beigegebene Motivierung auftreten, dadurch

nicht widerlegt, daß man mich einen Sittenlosen oder Verräther nennt. Selbst ein solcher, wenn er sonst nur was versteht, könnte z. B. über die Zweckmäßigkeit der Agrarschutzzölle in einem Industrielande richtigere Ansichten haben, als ein sittlicher Ignorant. Man kann einen Gegner verdächtigen, todtschweigen, erschlagen, aber widerlegt hat man ihn dadurch noch lange nicht.“ Und auf den sinnlosen Vorwurf, daß er dem Feind die Schwäche Deutschlands verrathen habe, daß Deutschland in einem längeren Kriege gegen Ost und West seine Bevölkerung nicht ernähren kann, antwortete er: „Dies konnte der „Feind“ ohne meine Beihilfe aus den vom Reichsanzleramt publizierten Handelsausweisen natürlich nicht lernen.“

In demselben Buch S. 465 geht er dann die Ernährungsverhältnisse Deutschlands im Kriegsfall noch einmal besonders auseinander und giebt die Mittel an, den Gefahren zu begegnen:

„Wenn nun Deutschland die Zufuhr in einem mehrjährigen Kriege von Osten und Westen abgeschnitten werden sollte, so würde es einer Festung mit mehr Bevölkerung als Lebensmitteln dafür gleichen. Wenn man das weiß, so giebt es zwei Mittel, sich zu helfen.“

Erstens kann man Mehl, Getreide, Schmalz und Bodelfleisch für einige Jahre aus Amerika vor Ausbruch des Krieges beziehen. Was um so nöthiger wird, als die landwirtschaftliche Produktion während des Krieges sehr geschwächt werden muß. Nach einer neuen Uebersicht soll Deutschland im Kriege rund 5 Mill. Mann, Armee, Reserve, Landwehr, Ersatzreserve und Landsturm aufstellen können, wovon ein großer Theil jetzt Landwirtschaft betreibt. Es ist klar, daß die landwirtschaftliche Produktion darunter leiden, das Einfuhrbedürfnis wachsen muß.

Aber es giebt noch ein zweites Mittel. Im Jahre 1877 exportirte Deutschland ca. 4 1/2 Mill. Zentner Zucker und 1 150 000 Zentner Branntwein mehr als es importirte. Im Jahre 1879 wurden für 74,7 Mill. M. mehr Zucker und Syrup, für 9,5 Mill. M. mehr Branntwein aus- als eingeführt. Diese Ausfuhr hat sich noch gesteigert. Wenn man Freihändler ist, läßt sich dagegen nichts thun. Wenn man „christlich-germanischer Sozial-Reformer“ ist, allerdings. Dann betrachtet man den Stand der Grundbesitzer als einen nothwendigen und von Seiten des Staates zu schützenden. Auf diesem Standpunkt habe ich stets gestanden, und Fürst Bismarck nimmt ihn natürlich auch ein, wie der Kornschutzoll und seine „Bauernbriefe“ beweisen. Allein, wenn der Grundbesitzer Anspruch auf Schutz hat, so hat er auch Pflichten, und die erste ist, seinen Grund und Boden nur zur Erzeugung von Produkten für die Ernährung des deutschen Volkes, nicht aber, weil es ihnen mehr einbringt, zur Versorgung der Franzosen mit billigerem Spiritus zu ihrer Weinplancherei und der Engländer mit billigem Zucker zum Thee zu mißbrauchen. Ein staatlich besonders geschützter Grundbesitzer hat nicht mehr das Recht das utendi et abutendi des Grund und Bodens, sondern die Pflicht, ihn zum Bau von Nahrungsmitteln für das deutsche Volk zu verwenden, damit es im Kriegsfall etwas zu essen habe. Wenn aber ein kurzsichtiger und unpatriotischer Egoismus Schnapsbarone und Rübenbauer verführt, dennoch mehr Branntwein und Zucker zu erzeugen, als das deutsche Volk verbraucht und dadurch dem Körnerbau und der Viehproduktion Acker zu entziehen, so muß der Staat ihrem wankenden Patriotismus in dem Kampf gegen das Eigeninteresse zu Hilfe kommen, indem er die Steuervergütung für exportirten Spiritus und Zucker zurückzieht, und wenn das noch nichts nützt, sogar einen Exportzoll einführt: der deutsche Acker ist zur Ernährung des deutschen Volkes bestimmt, und unpatriotisch und unklug ist es, ja, landesverrätherisch kann es werden, ihn dieser Benutzung zu entziehen. Schlempe und Preßlinge geben freilich Viehfutter. Allein wenn der so vorzügliche Rübenboden mit Weizen bestellt wird, wenn man die Kartoffel dem Volke verkauft, anstatt sie zu verbrennen, so schafft man mehr Nahrungsmittel als bisher und macht Deutschland unabhängig vom Auslande, wehrfähiger. Es giebt eine interessante Rechnung, welche ich meinen Kritikern überlasse, wieviel Roggen, Weizen und Kartoffeln auf jenem Boden wachsen können, der jetzt Zucker und Spiritus für den Export liefert. Vielleicht hat Deutschland gar kein Lebensmittelfizit, wenn dieser, von geringen Menschen mißbrauchte Boden seiner naturgemäßen Bestimmung wieder zugeführt wird. In Oesterreich ist das anders, da dieses Land ohnehin mehr Lebensmittel produziert als konsumirt. Wenn ich diesen wunden Fleck Deutschlands, den sich bei Wachsen der Volkszahl von Jahr zu Jahr vermehrenden Mangel an Lebensmitteln, im Schlußkapitel zu „Robertus Briefe“ offen aufgedeckt habe, so gebe ich hier die beiden Mittel dagegen an. Benutzt man sie nicht, und erwächst ein Nachtheil daraus, so mögen diese Zeilen für mich und gegen jene zeugen, welche über diese Dinge zu bestimmen Macht haben. Ich habe mir den Satz Tocquevilles gemerkt, mit dem er seine Geschichte des großen Unglücks Frankreichs einleitet: „Mon but a été de faire un tableau, qui fût strictement exact, et qui, un mène temps, pût être instructif.“ Von der Verfolgung dieses Zieles werden mich Verleumdungen gestimmungsloser Soldschreiber und auch der Umstand nicht abbringen, daß man in der Regel 6—10 Jahre, und nun zu spät und möglichst unverständlich — einen Theil jener Maßregeln in Deutschland wirklich zur Anwendung bringt, die ich rechtzeitig vorschlug. Habe ich aber Unrecht, so beweist mir doch, daß ihr keine Zufuhr braucht, oder

woher ihr sie nehmen wollt, wenn ihr Krieg im Osten und Westen haben solltet! Ist eine Vogelstraußpolitik „patriotisch“ — oder ist sie nicht vielmehr eine Dummheit?“

Damals wurde mit Verleumdungen geantwortet; jetzt, wo die Frage brennend geworden ist, und nicht mehr bloß ein Mensch, sondern die Dinge selbst schreien — hilft man sich mit ein paar albernem Redensarten: das sei ein „möglicher Weise einmal eintretendes Uebel“ — ein Krieg mit Rußland, ein möglicher Weise einmal eintretendes Uebel! — und dann werde Jeder seine Schuldigkeit thun — dieses nichtswürdige, habgierige, gestimmungslose Pack, das dem Volk, während es in den Krieg zieht, das Brot weggenommen hat, will noch von „Pflicht“ reden!

Die „Kreuzzeitung“ belobt uns, daß wir in dem Kampf gegen die Kornzölle offen damit heraustritten sind, daß es sich für uns wesentlich mit darum handelt, die „konservative“ Aristokratie zu verdrängen. Wenn sie das als unsere einzige Absicht bezeichnet, so können wir diese Kampfesweise freilich nur unehrlich nennen; denn „abgesehen von dem auf der Hand liegenden Elend, von dem die Hungersnoth begleitet ist, und dem wir als Vertreter der Arbeiter überhaupt, nicht als Sozialdemokraten“ — man könnte auch sagen, als anständige Menschen — „entgegenzuarbeiten haben“ — haben wir noch eine ganze Reihe von anderen Gründen in dem betr. Artikel angeführt. Insbesondere, wo es sich um die Vertheidigung des heiligen Geldsacks handelt, gehen eben alle andern Gefühle zum Teufel, selbst die christlichen, und sogar bei einem Blatte, das das Kreuz an der Stirn trägt — freilich zwar nicht das Kreuz, an dem Jesus für die Menschheit gestorben ist, sondern das man erhält, wenn man einen andern Menschen getödtet hat.

Aber da die „Kreuzzeitung“ anzunehmen scheint, daß wir damit unsern Junkern haben Komplimente machen wollen, so wollen wir ihr doch unsere ganze Ansicht mittheilen: Wir betrachten ihre Partei als ganz dasselbe, wie die Bourgeoisie, als ein ganz gewöhnliches Sobbertonsortium, das den Staat in Entreprise genommen hat, nur mit dem Unterschied, daß sie noch eisenstärker ist, wie die Bourgeoisie, die es doch ab und zu für nöthig hält, sich ein humanes Mäntelchen anzuhängen. Ein altes Volkslied giebt folgende „Edelmannslehre“:

Wiltu dich erenern,
du junger Edelman,
folg du meiner lere,
sit uf, drab zum ban!
halt dich zu dem grünen Wald,
wann der bur ins holz fert,
so renn in freislich an!
derwüsch in bi den tragen,
erfreu das huzo dir,
nimm im was er habe,
span us die pferdin sin!
bis frisch und dazu unverzagt,
wann er nummen pfennig hat,
so rix im d' gurgel ab!

oder:

„Kaufleut seind edel worden,
das spürt man täglich wol,
so kumt der reutterorden
und macht sie reich vol.
Man sol sie außer klauen
aus tren mardren schauben
mit brennen und mit rauben
dieselbig kaufleut gut,
das schafft ihr abermut.“

Im neunzehnten Jahrhundert ist man fortgeschrittener, da spannt man den Bauern nicht mehr die Pferde aus, nimmt ihnen ihr Geld weg und reißt ihnen die Gurgel ab, oder reißt den Kaufleuten die Kleider vom Leibe und brennt und raubt — das thut der Junker des neunzehnten Jahrhunderts nicht mehr. Ueberall haben wir uns vervollkommnet, namentlich in Produktion und Technik. Und wie alle Arbeit, so ist auch die Arbeit der Junker produktiver geworden, und wie alle Technik, so ist auch die junkerliche Technik verfeinert. Statt der Technik des Stegreif haben wir jetzt die Technik der Klinke — und die ist viel produktiver, o, viel produktiver!

Lebenshaltung und Lohn der Arbeiter im Mittelalter.

In seiner „Geschichte des deutschen Volkes“ hat der Ultramontane Janßen eine sehr interessante Sammlung von Notizen über die Lebenshaltung der Arbeiter im Mittelalter gegeben.

In Sachsen betrug in 1455—1480 der Durchschnittspreis für ein Paar Schuhe 2—3 Groschen, für ein Schaf 4 Groschen, für 25 Stodfische ebenfalls 4 Groschen, für ein Klasten Brennholz nebst Anfuhr 5 Groschen, für einen Scheffel Roggen 6 Gr. 4 Pf.

Darnach kann man sich die Lohnhöhe vorstellen. Zunächst bei den landwirtschaftlichen Arbeitern — den Vergleich mit der Gegenwart können unsere Leser leicht machen, da wir öfters Artikel und Notizen über Löhne und Lebenshaltung der ländlichen Arbeiter gebracht haben.

Der gewöhnliche Tagelöhner verdiente wöchentlich 6—8 Groschen, erw. also mit seinem Wochenlohn etwa den Werth von einem Schaf und einem Paar Schuhe: mit dem Lohn von 24 Tagen konnte er sich mindestens einen Scheffel Roggen, 25 Stodfische, ein Klasten Brennholz, und zwei bis drei Ellen vom besten einheimischen Tuch kaufen. Als Wackerlohn für Krod, Hofe, Kugelhut und Toppe eines Cantors in Leipzig wurden 7 Groscher

bezahlt; der Herzog von Sachsen trug graue Hute im Preise von 3½ und 4 Groschen.

1482 wurde in Sachsen der Tagelohn der Mäher sogar auf drei Groschen nebst reichlicher Kost fixiert. Ein Tagelöhner sollte mit Kost wöchentlich 9, ohne Kost 16 Groschen verdienen, also wöchentlich den Werth von 4 Schafen.

Am Niederrhein im Cleveischen konnte 1490—1510 ein in Kost arbeitender Tagelöhner durchschnittlich für 6 Arbeitstage sich anschaffen: ¼ Scheffel Roggen, zehn Pfund Schweinefleisch oder zwölf Pfund Kalbfleisch, sechs große Kannen Milch, zwei Bündel Holz, und er erhielt außerdem noch in 4—5 Wochen so viel Geld übrig, als ein gemeiner Arbeitsknecht, sechs Ellen Leinwand und ein Paar Schuhe kosteten. Aus Aachen ist aus dem Ende des 14. Jahrhunderts bekannt, daß ein Tagelöhner in fünf Tagen ein Schaf, in sieben einen Hammel, in acht ein Schwein, in einem Tage beinahe zwei Gänse verdiente.

Nach heutigen Preisen für die entsprechenden, allerdings jetzt wohl minderwertigen Viehsorten kosten ein Paar Gänse 6 M., ein Schaf 30 M., ein Hammel 45 M., ein Schwein 60 M. Das würde also einem Tagelohn für den Landarbeiter von zirka 6 Mark entsprechen!

In Augsburg belief sich der gemeine Tagelohn auf den Werth von 5—6 Pfund des besten Fleisches; in wohlfeilen Jahren konnte sich der Tagelöhner für einen Lohn täglich ein Pfund Fleisch oder sieben Eier, ein Viertel Erbsen, ein Maß Wein und das nöthige Brot dazu verschaffen und erübrigte doch noch die Hälfte der Einnahme für Wohnung, Kleidung und sonstige Bedürfnisse.

Im Fürstenthum Baireuth verdiente ein Tagelöhner um 1464 täglich 18 Pfennige, während ein Pfund Bratwurst einen Pfennig, ein Pfund des besten Rindfleischs zwei Pfennige kostete.

Neulich lauten die Mittheilungen aus Oesterreich. So wird beispielsweise im Rechnungsbuch des Propstes Jakob Pamperl von Klosterneuburg, der dem Stift von 1485—1509 vorstand, der Lohn für jeden Tagewerker auf täglich 14 Denare nebst Kost angesetzt, während ein Pfund Ochsenfleisch zwei Denare kostete, ein Paar Schuhe 16, ein Paar Hosen 10, ein Bauernrock 24 Denare kosteten.

Für Tagelöhner, die in Lohn und Kost zugleich arbeiteten, wurden in manchen Gegenden genaue „Ordnungen“ erlassen, was und wieviel Jeder an Speise und Trank erhalten solle. „Jedweder Tagewerker, er arbeite auf dem Felde oder sonst,“ heißt es 1497 in einer Vorschrift des Mainzer Erzbischofs Berthold von Henneberg, „erhält Morgens eyne Suppe sampt Brot, Mittags zum Ymbs eyne starke Suppe, gut Fleisch und Gemüße und eynen halben Krausen gemainen Weyns; Abends Fleisch und Brodt, oder eine starke Suppe und Brodt.“ Ebenso verordnete der Schenk Erasmus zu Erlach im Odenwald 1483: „Alle Tagelöhner, die gedungen sint, sowie die Fronleute sollen gemeinlich, als auch die Knechte und Wegge, jeden Tag erhalten zweymal Fleisch und zufozt und eine halbe kleine Krause Weyns, ußgenommen die Fasttage, da sollen sie Fische haben oder sonst narhafte Speisen. Auch soll man eynem jeden, der in der Woche geerbeit, den Sunn- und Feyertags gütlich thun nach der Reß und Predig. Sie sollen haben Brot und Fleisch genugsam und einen halben großen Krausen Weyns; an den Hochziten (hohen Feiertagen) auch Bratens genugsam. Auch soll man ihnen mitgeben nach Haus einen großen Leib Brot und von Fleisch sovill, als zwey in eynem Ymbs essen können.“

Nach einer Hausordnung des bairischen Grafen Joachim v. Dettingen († 1520) erhielten die Tagelöhner und Frohnbauern, sowie die Dekonomieknecchte folgendes Essen: „Des Morgens ain Suppen oder Gemues; ain Willich den Arbeitern, den andern ain Suppen. Des Mittags: Suppen und Fleisch; ain Kraut; ein Pfeffer (Sauce) oder eingemacht Fleisch, ein Gemues oder Willich; vier Essen. Des Nachts: Suppen und Fleisch; Ruben und Fleisch oder eingemacht Fleisch; ain Gemues oder Willich; drei Essen.“

Kräftiger noch mag die Nahrung der Dienst- und Werkleute in Sachsen gewesen sein, denn eine Landesordnung 1482 bestimmt: Die Werkleute und Mäher sollen zufrieden sein, wenn sie außer ihrem Lohn täglich zweimal, Mittags und Abends, vier Speisen erhalten, nämlich Suppe, zwei Fleischgerichte und ein Gemüße; an Fasttagen aber fünf Speisen: Suppe, zweierlei Fische, und zwei Zugemüße.“

Eben so günstig war das Besinde gestellt. Auf dem sächsischen Schlosse Dohna zum Beispiel erhielten an Geld neben Wohnung und Kost: Der Wagenknecht jährlich neun Gulden, der Feltreiber sieben Gulden und vier Groschen, die Viehmägde drei Gulden und zwölf bis achtzehn Groschen, und das in einer Zeit, in der ein fetter Ochse drei bis vier Gulden kostete. Im Amt Dresden belief sich neben Wohnung und Kost der Jahreslohn einer Köchin auf sieben Gulden und vier Groschen, der eines Küchenjungens auf zwei Gulden und zehn Groschen, der eines Schweinehirtens auf einen Gulden.

In Morbach bezog 1483 eine Viehmagd jährlich dreizehn Gulden und siebenunddreißig Kreuzer, ein Oberknecht dreiundzwanzig Gulden siebenunddreißig Kreuzer und außerdem vierundfünfzig Kreuzer für ein Kleidungsstück; am Bodensee erhielt ein Karrenknecht nebst Kost jährlich neunzehn Gulden und sechsunddreißig Kreuzer,

außerdem „Schuhe genug, vier Ellen Nystins Tuch und sechs Ellen Zwillichs.“

Wie gebräuchlich außer reichlichem Fleisch auch der Wein war, ersieht man aus den Notizen in Haushaltungsbüchern. So wird bei Ermietung eines Karrenbuben zu Weinheim 1506 ausdrücklich bemerkt: „Man sol im feinen Wein zu geben schuldig sein, denn was man von gutem Willen giebt.“ Ein andermal heißt es bei einer Magd, es sei ihr „kein Wein versprochen zu geben“. In der Befindeordnung von Königsbrunn wird vorgeschrieben, daß man einem Knecht, der beim Abendessen nicht zur rechten Zeit anwesend sei, Fleisch und Wein nicht mehr verabreichen dürfe. Und so fort. —

Angeichts dieser namentlich gewiß „liberalen“ Leuten wunderbaren Thatjache, daß im „finstern“ Mittelalter die Lebenshaltung des Arbeiters eine viel höhere war, als jetzt, wo wir's so herrlich weit gebracht haben, wird man nach den Gründen fragen, weshalb der Lohn damals so hoch war und weshalb er seitdem so gesunken ist.

Vorerst noch ein Wort mit den „liberalen“ Denkern. Daß der „Mensch des neunzehnten Jahrhunderts“ auf aller Fortschritte, die gemacht sind: Baumwolle und Petroleumlampen, Elektrizität und Patentstiefelwichse, Eisenbahnen und Streichhölzern, sich viel wohler befindet, als der mittelalterliche Mensch, der alle diese schönen Sachen nicht hatte — das sieht ihnen unerschütterlich fest. Ja, sie wissen sogar, daß überhaupt die ganze Kultur sich gehoben hat, und daß im Grunde genommen eigentlich eine Kultur, die einen Artwright hervorgebracht hat, höher steht, als etwa so eine Finsterniß, in der ein Mann, wie Thomas a. Kempis lebt.

Das Glück besteht in einer Summe von Empfindungen, welche erregt werden durch den Kontrast zwischen der besseren Lage der Empfindenden und einer schlechteren Lage. Dadurch, daß der arme Teufel des neunzehnten Jahrhunderts in der Eisenbahn vierter Klasse fahren kann, ist er durchaus noch nicht glücklicher, als der arme Teufel im Mittelalter, der auf einer schlechten Landstraße dahintrabte. — So lange man es nicht „besser weiß“, ist man zufrieden mit dem, was man hat. Alles gleichgesetzt, wäre demnach die Summe des Glückes nicht größer geworden. Da aber der Genuß der Errungenschaften ungleich, und von Jahr zu Jahr ungleicher vertheilt ist, so wird der Arme sogar mit jedem Fortschritt unglücklicher, ohne daß er sogar absolut geschädigt zu sein braucht. Man stelle sich nun folgende zwei Bilder vor: ein mittelalterlicher Bauer, der dasselbe ist, dasselbe trinkt und sich höchstens in größerem Tuch kleidet, wie sein Herr — und ein moderner Proletarier, der Unter den Linden bei Dreffel vorübergeht und durch die Fenster die schmausenden Leute sieht, während ihn zu Hause ein Gericht Kartoffeln erwartet.

Wie wir an angeführten Löhnen sehen, ist er aber sogar absolut geschädigt. Nicht nur relativ steht er sich schlechter, im Vergleich zu den oberen Klassen, sondern auch absolut.

Die Ursache ist die Entwicklung der kapitalistischen Waarenproduktion. Im Mittelalter ist die Produktion fast lediglich auf den Selbstgebrauch gerichtet, und nur sehr ausnahmsweise wird zum Zweck des Tausches produziert. Die große Menge des Volkes ist im Besitz der nothwendigen Produktionsmittel und befriedigt mit ihrer Hilfe ihre Bedürfnisse. Da kann die Lebenshaltung auch der „freien“ Arbeiter nicht unter ein gewisses Niveau sinken. Dieses Niveau entspricht der Lebenshaltung, welches ihm möglich ist, wenn er seine Freiheit von den Produktionsmitteln aufgibt, sich selbst in Besitz der nöthigen Produktionsmittel setzt und für sich selbst produziert. Das kann der Arbeiter aber fast bis zum Ende des Mittelalters. Nicht nur stehen ihm die Marktländereien offen, sondern auch im Innern des Landes steht es ihm frei, namentlich von den Adltern, Land zu „Lehen“ zu nehmen. So kommt es, daß die Lebenshaltung des Arbeiters nicht viel schlechter ist, wie die seines Herrn.

Ganz anders wird die Sache mit dem beginnenden Kapitalismus.

Die Reformation nimmt der Kirche ihre Güter weg und giebt sie an die Fürsten oder Adeligen. Die Folge ist zunächst, daß keine Armenpflege mehr existirt; die Einkünfte der Kirche waren das „Patrimonium der Enterbten“, das sie nicht allein vor direkter Noth schützte, sondern ihnen auch möglich machte, gegen eine allzuarge Niederdrückung des Lohnes Widerstand zu leisten. Für die bloße Existenz, für welche der moderne Arbeiter arbeitet, brauchte der mittelalterliche nicht zu arbeiten, denn die war ihm durch Armenpflege der Kirche garantiert, die nicht, wie bei den protestantischen und modernen katholischen Pfaffen, eine „Wohlthat“, sondern eine „Pflicht“ war, für ihn also ein Recht, das er verlangen konnte. Außerdem aber verlor er jetzt auch die Möglichkeit, Land zu billigen Bedingungen zu Lehen zu erhalten.

Die katholische Kirche war das letzte Bollwerk gegen die Ueberhandnahme des römischen Rechts gewesen. Nach dem römischen Recht werden die Verhältnisse ganz anders gedreht, als sie bis dahin waren. Es kannte nur Herren und Sklaven, Herren mit allen Rechten und Sklaven ohne Rechte; und so wurden allmählig nicht nur die früher Leibeigenen, sondern auch die Lehensträger, die mit Abgaben und Frohnden belasteten Bauern, ja selbst die ganz freien Bauern allmählig in römische Kolonnen verwandelt. Und da jetzt die Produkte dieser Leute auch gegen andere Waaren ausgetauscht werden konnten, so

machten die Herren natürlich von ihrem „Recht“ Gebrauch und legten den Bauern immer schwerere Lasten auf, nahmen einen immer größeren Theil von dem Produkt ihrer Arbeit für sich in Anspruch. Eine starke Anregung gab der unglückliche Ausgang des Bauernkrieges. Weil die Bauern schon vorher übermäßig belastet waren, brach die Revolution aus. In derselben hatten die Bauern überall die Urkunden verbrannt — nach ihrer Niederlage wurden natürlich neue aufgesetzt mit noch drückenderen Satzungen.

Mit der Lebenshaltung der Bauern sinkt naturgemäß auch die Lebenshaltung des Arbeiters.

Diese Entwicklung wurde außerdem durch die Geldentwerthung am Ausgang des Mittelalters gefördert. Durch die Gold- und Silberzuflüsse aus Amerika sank der Werth des Geldes rapide. Das bedeutete, daß der Arbeiter für seinen Lohn nicht so viel Waare mehr kaufen konnte, wie früher, und daß der Gutsherr, wenn er die Produkte seiner Bauern verkaufte, mehr Geld erhielt, wie früher.

Endlich wurde eine Menge Menschen gänzlich von ihrem Boden verjagt, namentlich durch die Einziehung der Gemeindeländereien seitens der Gutsherrn, die jetzt auch allmählig beginnt. So ist denn die Vorbedingung für die kapitalistische Industrie gegeben: Arbeiter, die von ihrem Produktionsmittel getrennt sind, niedrige Löhne, und ein Absatzmarkt bei den Fürsten und Adeligen, welche durch die angeeigneten Produkte ihrer Bauern bereichert sind.

Diese Entwicklung wird aber durchkreuzt durch die Kriege, welche sich jetzt auf dem deutschen Boden abspielen. In diesen Kriegen wird das überflüssige Proletariat „verbraucht“, in den Landsknechtshereen mordet es sich gegenseitig; außerdem verarmt durch sie das ganze Land, das Kapital wird unproduktiv verzehrt; und endlich fehlt es an der nöthigen Sicherheit für Industrie und Handel.

Immerhin aber ist das alles nur ein Uebergang; und auch dieser Uebergang trägt ja nur dazu bei, die Lebenshaltung des Volkes noch tiefer zu schrauben. Der Wein, der im Mittelalter ein eben solches tägliches Bedürfnis für den Arbeiter war, wie das Brot, ist jetzt ein Luxusartikel; und selbst in den weinbauenden Theilen Deutschlands trinkt der Arbeiter jetzt keinen Wein mehr, sondern nur Apfelwein.

Nach Beendigung der Kriegsperiode verhindert das Eingreifen der übrigen Mächte, welche ein schwaches Deutschland aus Gründen des Handels und der Politik nöthig haben, daß sich die Produktion entwickelt, einfach dadurch, daß die Zersplitterung Deutschlands aufrecht erhalten wird. In diesem Wirrwahl von Kleinstaaten, überall beengt durch Grenzen und Zölle, kann sich kein Kapitalismus entwickeln. Napoleon I. war es, der da den ersten Handschlag gethan hat, indem er den größten Theil der Kleinstaaten hinwegjagte. Und jetzt verdankt der deutsche Bourgeois das, was er auf dem Weltmarkt erreicht, der durch jahrhundertlanges Elend niedergedrückten Lebenshaltung des Volkes.

Schwere Aufgabe.

Die katholische Kirche hat bekanntlich das ganze Mittelalter hindurch das Zinsnehmen verboten — was damals noch eine andere Bedeutung hatte, als es heute hätte. Heute ist der Zins ein Abzug vom Kapitalprofit; in der mittelalterlichen Wirtschaft, wo der Besitzer der Produktionsmittel zugleich Produzent ist, war es ein Abzug vom Arbeitsertrag. Das Verbot war also eminent „arbeiterfreundlich“ — wobei wir unerörtert lassen wollen, wie die Sache des weiteren zusammenhängt.

Da die Logik der ökonomischen Thatjachen stärker ist, wie die Logik der theologischen Lehren, so haben sich mit der Entwicklung des Kapitalismus diese Zinsverbote nicht halten lassen, und schließlich hat die Kirche selbst ihren Segen dazu gegeben, indem sie selber nahm — man erinnere sich an die verschiedenen Millidnchen, welche Seine Heiligkeit der Papst kürzlich verspekulirt hat.

Nun, wir wollen da Niemandem einen Vorwurf machen; das ist nun einmal so in der Welt, und die Menschen sind keine Engel. Aber wir amüsiren uns doch über die Quälereien, welchen die Kirche sich unterzieht, um die Sache zu verdeden. Wir hatten gedacht, daß sie das bequemste und richtigste Mittel des Schweigens anwende; allein, wie uns eine Notiz in „Freiland“ zeigt, ist das nicht der Fall. Es heißt dort:

Es lag uns dieser Tage eine Nummer der christlich-sozialen Blätter, kathol. soziales Zentral-Organ (Neuz 1888) vor, in der sich ein unterhaltendes Kapitel befindet, welches von den Anforderungen des päpstlichen Stuhles handelt, die dieser machen muß, um der in ihren berechtigten Zweifeln Auskunft erbitenden Geistlichkeit, bezüglich der Berechtigung des Zinsnehmens, zu antworten. Eine schwere Aufgabe, bei der dem römischen Oberhirten unser volles Mitgefühl nicht vorenthalten werden soll. Es ist so schwer zu beweisen, daß zwei mal zwei fünf ist, und der, bei dem sich wichtige Existenzfragen an die Erbringung eines solchen Beweises knüpfen, ist gewiß zu bedauern. Klar und unbestreitbar lauten die Verbote der Päpste gegen den Zins; aber ebenso klar ist es, daß die geistlichen Behörden ihr Geld nicht gern ohne Zins ausleihen. Was ist da zu thun? Was ist den Reichsräten der Diöcese des Bischofs von Rannes zu erwidern, welche 1830 den Bischof bat, bei der heil. Kongregation der Inquisition in Rom zu fragen, wie sie es zu halten habe bezüglich „des Gewinnes aus Darlehen, welche Geistlichen zu deren Bereicherung gemacht werden?“ Was dem Kollegiaten Kapitel von Locarno, welches 1831 berichtet, daß es „den größten Theil seiner Pfanden in Geld besitze, das es vorzüglich durch Ablösung des Zehnten erhalten, die durch Beschluß der Regierung erfolgt sei; und es genöthigt sei, dieses Geld anzulegen, um von dessen Früchten zu leben und die mit den Bene-

figen verbundenen Lasten zu tragen? Güter sind schwer zu erhalten und tragen nur 2%, pKt., während man für Darlehen 4-5 pKt. erhalten kann.

Was ist dem Herrn Denavit, Professor der Theologie im Seminarium des hl. Jrenäus in Lyon auf seine wiederholt 1830 den hl. Pönitentiarie vorgelegten Gewissenskrupel zu berichten, Krupel wegen der wichtigen Frage, ob es ihm erlaubt sei, Pönitentien die Absolution zu erteilen, welche für die Berechtigung der fünf Prozent eintreten?

Arme Kongregation der Inquisition! Arme hl. Pönitentarie! Ihr wißt nicht, was Ihr erwidern sollt, müßt Euch in Zweideutigkeit und scholastische Definitionen einhüllen und könnt nicht anders als das Gegentheil von dem erlauben, was Eure Kirche so streng verboten hat, wie z. B. in folgendem, dem Herrn Denavit gegebenen Befehle:

Die Pönitentien, um die es sich handelt, seien nicht zu beunruhigen, bis der heil. Stuhl eine endgültige Entscheidung treffen werde, wenn sie nur bereit sind, sich derselben zu unterwerfen; daher siehe ihrer Possprechung im Sacrament der Buße nichts im Wege. — Gegeben zu Rom in der Pönitentiarie 16. September 1830. — Kardinal de Gregorio, Großpönentiar. — J. Pecca, Sekretär der hl. Pönitentiarie.

Die besagte endgültige Entscheidung läßt immer noch auf sich warten, trotzdem seitdem 61 Jahre ins Land gegangen sind. Wie soll sie auch gefällt werden können, wenn gerade die Frage, welche dem Kapitel von Locarno vorliegt, eine unlösliche ist, die Frage, warum, wenn es 2%, pKt. aus Landbesitz machen kann, es nicht 5 pKt. mit dem gleichen Lande machen darf, im Falle der, dem es das Land verkauft, so tüchtig ist, daß er mehr als das Kapital damit verleiht und noch ein gutes Geschäft dabei macht, wenn dieses das Kaufgeld bei ihm gegen die 5 pKt. Zins stehen läßt? Unlöslich ist diese Frage, so lange die Berechtigung der 2%, pKt. aus dem Lande und die des Verkaufs dieses Landes und seiner Rente a priori als selbstverständlich angenommen wird und Niemand wird armen Geistlichen seine Sympathie versagen, die sich damit mit der Quadratur des Kreises abplagen müssen, statt Salerner Wein zu trinken und den lieben Gott einen guten Mann sein zu lassen.

Freilich, die Aufgabe ist schwer. Aber wer heißt denn auch die armen Pfaffen sich selbst damit abplagen? Wir in ihrer Stelle würden uns die Sache bequemer machen. Wir nähmen uns einfach einen deutschen Professor der Nationalökonomie an, die können alles beweisen!

Verschiedenes.

Charles Booth (nicht der General der Heilarmee) giebt in übersichtlicher Weise Aufschluß über das **Leben der ärmeren Bevölkerung Londons**. Demnach ist nicht Oxtend, sondern Südend der Stadt das ärmste Viertel dieser Metropole.

Die elendeste Klasse umfaßt	87 610 Pers.	=	0,9 Proz.
Gelegenheitsarbeiter	316 834	=	7,5
Arme Arbeiter (Einkommen von 18-20 Schill. per Woche)	938 298	=	22,3
Gut situierte Arbeiter	2 166 503	=	51,5
Mittelstand und reiche Leute	749 930	=	17,8
Inaffen von Armenhäusern	4 209 170 Pers.	=	100 Proz.
	99 830		
	4 309 000 Personen		
Arme Leute			30,7 Proz.
Gutsituierte			69,3
			100 Proz.

Einem interessanten Beitrag zum **Sauschwindel in Berlin** liefert ein Antrag der Bodenreform. Der Schwindel ist ja in der gegenwärtigen Gesellschaftsorganisation eine notwendige Einrichtung, ohne die es „nicht geht“. Am krafftigsten und wertvollsten tritt er beim Bauen in den Großstädten auf. Eine ganz gewöhnliche Manier ist z. B. folgende: ein Mensch,

der keinen Heller Geld hat, beginnt ein Haus zu bauen. Hinter ihm steht ein Kapitalist, der ihm die „Baugelder“ vorstreckt, welche als erste Hypothek eingetragen werden. Die beim Bau beschäftigten Handwerker erhalten kein Geld, sondern ihre Forderungen werden gleichfalls nur hypothekarisch eingetragen. Ist das Haus fertig, so stellt der Vordermann seine Zahlungen ein, und das Haus wird versteigert. Erstanden wird es von dem Hintermann, resp. einer dritten, von ihm ebenfalls vorgeschobenen Person, und zwar zu einem Preis, der gerade den „Baugeldern“ entspricht; denn die Leute sind natürlich so vorsichtig gewesen, eine so hohe Baugeldersumme einzutragen zu lassen, als das Haus, wenn es fertig ist, werth sein kann. Die Handwerker sind dann geprellt und der betr. Hintermann hat ein billiges Haus.

Der Antrag führt als Beispiel eine derartige stattgefundene Versteigerung an, bei der die Handwerker-Hypotheken sämtlich ausfielen. Es handelt sich um ein Grundstück Eigent. Nr. 41:

Hypothekenbelastung:	
Adam, Baugelder	138 515 M.
Werk u. Glieder	18 835
Holzhandlung, George u. Nicolai	6 000
Hw. Nordgauer	10 000
Töpfermeister	6 000
Tischlermeister	4 000
Staafermeister	2 000
Malermmeister	4 000
Schlossermeister	2 000
Gas- und Wasseranlagen-Fabrikant	2 000
Steinmetzmeister	800
Zimmerpolier	1 500
	188 150 M.

Hw. Nordgauer erwarb bei der Versteigerung das Grundstück für 160 750 M.; der Ausfall betrug mithin 27 400 M., so daß kein Pfennig für die in Summa 21 800 M. betragenden Forderungen der Handwerker vom Töpfermeister bis zum Zimmerpolier herauskam.

Nach dem letzten Zensusbulletin ist der abgeschätzte Steuerwerth des liegenden und beweglichen Eigentums in den Vereinigten Staaten im letzten Jahrzehnt von 16 904 Millionen Dollars auf 20 249 Millionen Dollars gestiegen, und der wahre Werth des **Nationalvermögens** auf 62,610 Millionen Dollars.

Dies ergibt, meint das Bulletin, fast 1000 Doll. auf den Kopf, gegen 870 Doll. im Jahre 1880, 780 Dollar im Jahre 1870 und 514 Doll. Jahre 1860.

Auf den Kopf — aber wie ist es vertheilt? Das Vermögen der Reichen hat sich seit 1860 verdreifacht; das Bulletin theilt die Tausend-Millionen-Besitzer der privilegierten Klasse durch die Bewohner-Anzahl und bringt auf diese Weise heraus, daß auf jeden Kopf ca. 1000 Doll. entfallen, also auf jede Familie 5000 Doll.; und noch mehr, daß sich das „Durchschnitts“-Vermögen des Einzelnen seit 1860 beinahe verdoppelt habe.

In Wirklichkeit betrug der Eigenthumsverth in den Vereinigten Staaten im Jahre 1860 nur 16 159 Millionen Dollar und die Bevölkerung 31 Millionen Seelen.

Die Einwohnerzahl hat sich inzwischen verdoppelt und das Vermögen der Reichen mehr als verdreifacht, so daß thatsächlich Besitz genug vorhanden ist, daß jede Familie mit 5000 Dollar am Nationalgut partizipiren könnte, wenn die Ordnung der Dinge eine andere wäre.

Das Zensus-Ergebnis beweist, daß sich der Tisch für Alle decken ließe; daß Niemand Noth zu leiden brauchte, wenn die Gesellschaft vernünftiger organisiert wäre.

Und das Zensus-Ergebnis läßt bei der heutigen Unordnung, Mißwirtschaft, Zeit- und Kräfte-Vergeudung 5000 Dollar für jede Familie übrig — natürlich nur ideell!

Welch glänzendes Resultat wäre da zu erwarten bei rationeller Landbewirtschaftung und Güterproduktion, bei organisirter Leitung der Werth-Erzeugung und bei Vermeidung unnützer Arbeiten, zweckloser veralteter Methoden und bei Ueberflüssigwerden der Vergeudung und Verwüstung von Arbeitskräften und Arbeitsmitteln — wie sie durch den heutigen Konkurrenzkampf bedingt ist! Nicht nur der Werth von 5000 Dollar würde dann als

Antheil auf jede Familie entfallen, sondern reichlicher Komfort, der das Leben schön und des Lebens werth macht.

Wer erinnert sich nicht der berühmten Geschichte von Rothschild und dem Kommunisten? Nun, wenn die Sozialdemokratie wirklich „theilen“ wollte — 20 000 Mark für die Familie wäre doch schon eine ganz häßliche Summe!

Die Zustände unter dem gebildeten Proletariat illustriert ein Artikel, welchen das „Hamb. Echo“ im „ärztlichen Zentralanzeiger“ findet:

„Sehr geehrter Herr Kollege! Dollen Sie den Rothschrei eines Kollegen, den die Noth aus Vaterland und Stand vertreibt, Allen zur Warnung in Ihrem geschätzten „A. Z.“ mittheilen.

Wo der Hunger und Kampf um's tägliche Brot beginnt, da hört die Idealität auf. Sollten die Herren Aerzte vom Nordverein das noch nicht bald einsehen, so werden sie das bald zu fühlen bekommen. Sanitätswoche, Poliklinik, Krankenkassen, Alles hilft nicht dem Bedürftigen, sondern Jedem, der die Kosten des Arztes scheut und den Geldbeutel schonen will. Auf solche Weise ist es bereits so weit gekommen, daß kaum ein Drittel der Aerzte von dem Verdienste lebt. Geht das so fort, so können die Herren Kollegen bald zusammentragen, um ihre armen Kollegen nicht verhungern zu lassen. Ein Beispiel nur und zugleich die Ursache, die mich in die Fremde treibt und mich zwingt, meinen Beruf aufzugeben.

Ich selbst bin seit drei Jahren Arzt im Centrum von Berlin. Die väterliche Unterstützung, die ich bisher hatte, hielt mich über Wasser. Ein geschäftliches Unglück meines Vaters beraubte mich dieser Quelle und jetzt stehe ich hilflos da. Mein Verdienst betrug jährlich M. 1400, Miete und Steuer nehmen M. 1200, das Uebrige bekam ich zum Leben vom Vater; jetzt verdiene ich nebenher durch Uebersehen und Abschreiben den Lebensunterhalt. Ist das den Herren Kollegen noch nicht Genug genug, so kann ich mit noch mehr aufwarten; es giebt Aerzte, die im Monat sieben Mark (M. 7) verdienen. Aber es muß und wird noch schlechter kommen. Jeder Verwaltung, jedem Gemeinwesen — ganz gleich, ob nötig oder nicht — muß unentgeltlich Hilfe geleistet werden. Ist dann der ärztliche Verdienst auf Null gesunken, dann tritt das Ideal in sein Recht! Zum Teufel! Ihr Aerzte, die Ihr eure Hülfse so gering schätzt, bleibt doch davon und setzt Euch auf die Geldsäcke Eurer Väter und Schwiegerväter oder werdet Armenärzte ohne Gehalt.

Ist das ideal, wenn jeder Rastor, jeder Barbier von seinem Verdienste sich ernährt, während der Arzt erst reich heirathen muß oder schon den Geldbeutel mit in die Praxis bringen muß? Jetzt kommen die Herren vom Nordverein und machen dem Polizeipräsidenten Zugeständnisse. Nur immer fort! Nur ja nichts verdienen! Das ist nicht ideal! Verhungern! Ist das ideal? Ist Steuerzahlen ideal? Ist die Annahme von Krankenkassenscheinen ideal? Ist es ideal, wenn ein Mann sein ganzes Leben lang von dem sich nähren muß, was sein Vater oder Schwiegervater zusammengebracht hat? Ist es ideal, wenn ein „alter wohlverdienter Arzt“ einer reichen Familie eine Jahresliquidation von 3 Thalern schickt. (Wirklich aus der Brandenburg. Ärztesammer.) Es wird Zeit zum Kampfe. Auf, Ihr Kollegen, die Ihr unter dem Druck leidet. Ein freies Wort! Woju die vielen Polikliniken? Nicht zu Lehrzwecken. Sondern zur Reflektion, um Patienten heranzuziehen. . . Ein gewesener Berliner Arzt.“

Briefkasten der Expedition.

Wir ersuchen unsere Kreuzbandabonnenten aus Oesterreich, welche mit den Abonnementsbeträgen im Rückstande sind, dieselben umgehend begleichen zu wollen.

M. Sand, Düsseldorf; A. Freundt, Breslau. Wir ersuchen um gefl. Einfindung des Abonnementsbetrages.

Die Expedition.

Hut-Fabrik

Glückerstraße 11,

vis-à-vis der Kreuz-Kirche.

Wilhelm Böhm.

Sämmtliche Hüte mit Kontrollmarken. Gr.

Lager in Regenschirmen.

Reelle Bedienung.

Noch billige

Käsepreise.

Holl. Holländer Käse à Centner	26.-
Holl. Limburger Käse à Centner	25.-
Holl. Gamber Käse à Centner	32.-
ab hier gegen Nachnahme empfiehlt	
Julius Werners, Neumünster i. H.	
10 Pfund-Predepostcolli	M. 3.60 und M. 3.50
und	M. 4.20.

Empfehle Freunden und Genossen mein reichhaltiges Lager von

Cigarren u. Tabake.

Darstellb. Zahlstelle des Metallarbeiter-Vereins und der Hütler-Hilfskasse. Haupt-Agentur der Berliner Feuer-Versicherung.

Otto Klein

Rottbuer Damm 14, früher Ritterstr. 15.

Bringe meinen Freunden u. Genossen meine **Kind- u. Schweineschlächterei** in freundliche Erinnerung.

Zentr.-Markthall, Stand 148.

Carl Aurin.

Schuhe und Stiefel

aus der deutschen Schuhfabrik in Erfurt.

(mit Kontrollmarke)

bei Chr. Geyer, Oranienstraße 202.

Berliner Arbeiterbibliothek.

Sammlung sozialpolitischer Flugchriften.

Herausgegeben von Max Schippel.

Soeben erschien Heft 2 der III. Serie:

Technisch-wirtschaftliche Revolution der Gegenwart.

Von Max Schippel.

Preis pro Heft 15 Pf. — Wiederverkäufern hoher Rabatt.

I. Serie komplet (12 Hefte) | II. Serie komplet (14 Hefte)

Preis 1,— Mark.

Preis 1,65 Mark.

Alle Bestellungen, Geldsendungen und eingeschriebenen Briefe adressire man: Herrn G. Link, Expedition der Berliner Arbeiter-Bibliothek, Berlin SO. 26, Elisabeth-Ufer 55.

Oswald Schensch's Restauration

Adalbertstraße 16, zwischen Raunyn- und Oranienstraße.

Sämmtliche Räume sind neu renovirt.

Genossen empfehle mein Gutgeschän. **Arbeits nur mit Fabrikanten**, welche sich der **Kontrollmarken deutscher Hutmacher** angenommen haben. Bitte zu beachten: Köpenickerstraße 126, nahe der Adalbertstraße.

Adolph Kehr.

Jede Uhr

zu repariren und reinigen kostet bei mir unter Garantie des Gutgehens nur 1 Mk. 50 Pfg., außer Bruch, kleine Reparaturen billiger. Neue Feder einsetzen 1 Mk. Empfehle silb. Zylinderuhren von 6, 7 u. 8 Mk., silb. Remontoir Uhren von 13, 14 u. 15 Mk., gold. Damen-Uhren von 18 Mk. an, Regulatoren von 10 Mk. an. We. Sag. u. Nidel, Talmt- u. Gold-Double-stetten.

R. Kionka, Oranienstraße 35, bei der Adalbertstraße.

Empfehle den Parteigenossen meine

Cigarren eigener Fabrik

aus rein amerik. Tabak, 25 Cigarr. 1 Mk.

Tabak und Cigaretten.

Julius Ulbrich,

Skalitzerstraße 41, nahe Paulitzerpl.

Schmerzloses Zahnziehen,

Zahnschmerz beseitigen, Plombiren, Einsetzen künstlicher Zähne auch Zehlzählung

F. Mangelsdorf, Rosenthalerstraße 18.

H. Osang, Gesangs- und Charakter-Somiker,

Berlin, Mariannenstr. 10,

hält sich sämtlichen Fach- und Vergnügungs-Bereinen Berlins u. Umgeg. mit den neuesten zeitgemäßen Couplets u. Vorträgen bei künftigen Bedingungen bestens empfohlen.

Verfasser d. Achtstundentag-Couplets u. d. Arbeiterliedes f. Jung u. Alt: „Darauf wird nicht geacht“ und des Liedes auf die Proletarier-Zähne „Für Wahrheit, Brüderlichkeit und Recht“.

Franzbinderei u. Blumenhandlg.

von

J. Meyer

Berlin SO., Wienerstraße 1,

(in der Ecke bei der Mantelstraße).

Bekannte Preise. Auch Versandt.

Pünktlich und gut.

Fernsprecher, Amt IX, 9482.

Arbeiter-Gesang-Vereinen

empfehle zu unseren Festen folgende neue 4 stimm. Männerchöre:

Jaël. Nr. 1: a) Halte Wort [J. Ph. Becker]. b) Vorwärts! Aus dem Vorwärts! Part. 80 Pf. Stimm. 1 M. Nr. 2: a) Lied d. Internationalen. b) Wie ist die Zeitung interessant. Part. 80 Pf. Stimm. 1,20 M.

Pistorius: Hymne, m. Begleitung d. Piano. Part. 80 Pf. Stimm. 1 M.

Riva: a) Noch ist die Freiheit nicht verloren. b) Es dämmert im Osten und Westen. Part. 80 Pf. Stimm. 1 M. Aufforderung, m. Begl. d. Piano. Part. 80 Pf. Stimm. 60 Pf.

Bitte zu verlangen. Liefere nur baar.

Spezialität: Arbeiterlieder.

J. Günther, Verlag, Dresden.

Herren- u. Knaben-Garderobe, Arbeitsjachen, Bestellungen nach Maß,

empfehle wie bekannt in reellster Ausführung und allerbilligsten Preisen

J. BAER, Berlin N., Gesundbrunnen, Badstr. 18, Ecke der Stettinerstrasse.

Ich habe keine Filialen und stehe mit ähnlich lautenden Firmen in keinerlei Beziehung. Bitte daher genau auf Firma zu achten.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Ernst, Berlin. — Verleger und Drucker: Maurer, Werner, Dimmich, sämtlich in Berlin SO., Elisabeth-Ufer 55.